

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 28 (1894)

53 (5.3.1894)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-663835](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-663835)

Die „Nachrichten“ erscheinen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. 1/4jährlicher Abonnementspreis 1 Mk. resp. 1 Mark 15 Pfennige. — Man abonniert bei allen Postämtern, in Oldenburg bei der Expedition Peterstr. 6. Fernsprechanschluss Nr. 48.

Nachrichten

für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 53.

Oldenburg, Montag, den 5. März 1894.

XXVIII. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Politischer Tagesbericht.

Deutsches Reich.

Berlin, 5. März

* Das Unglück auf dem Panzerschiff „Brandenburg“ ist bekanntlich am Freitag in der Budgetkommission des Reichstags Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen. Nach den Aufklärungen, die der Staatssekretär Hollmann über die Explosion auf der „Brandenburg“ gab, unterliegt es schon jetzt keinem Zweifel, daß ein schweres Verschulden des „Vulkan“ in Stettin vorliegt. In der am Sonnabend fortgesetzten Verhandlung stellte sich aber heraus, daß ein Teil der Schuld die oberste Marineverwaltung trifft. Auf die Frage, wie es möglich sei, daß der Fehler in der Zeichnung dem revidierenden Beamten der Bauverwaltung auf dem „Vulkan“ entgangen sei, antwortete Staatssekretär Hollmann, daß dieser Beamte den Bau von vier Kriegsschiffen gleichzeitig zu beaufsichtigen gehabt habe und deshalb außer Stande gewesen sei, eine vollständige Revision vorzunehmen. Die Marineverwaltung aber hätte damals nicht über mehr Aufsichtsbeamte verfügt. Diese Erklärung rief begreiflicherweise in der Kommission eine große Erregung hervor.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen am Sonnabend bemerkte Geh. Admiralitätsrat Herz in Bezug auf die Entschädigung der Verunglückten: Auch die Marineverwaltung habe ein großes Interesse daran, daß für die Hinterbliebenen der Verunglückten nach Möglichkeit gesorgt werde. Leider seien die Gesetze in dieser Beziehung etwas lückenhaft. Danach betrage die höchste Entschädigung 3415, die geringste 160 M. Der Dispositionsfonds sei fast ganz erschöpft, man müsse sich also an die Gnade Sr. Majestät wenden. Abg. Singer (Soz.) findet die Entschädigungen, besonders für die Witwen der unteren Beamten, viel zu gering. Bei den gewählten Summen seien die Hinterbliebenen auf die private Wildthätigkeit angewiesen. Der Artikel im „Reichsanzeiger“ sei so ungeschicklich redigiert worden, daß er eine wahre Panik im Publikum hervorgerufen habe.

— Die Reichstagskommission für die Beratung des russischen Handelsvertrags ist bereits in Thätigkeit getreten. In ihrer Sitzung am Sonnabend nahm die Kommission Art. 1 bis 18, ausgenommen Art. 7, nebst dem Zolltarif an. Die Annahme erfolgte meist mit 13 gegen 8 Stimmen. Eine größere Debatte entspann sich bei Artikel 1, wobei Graf Mirbach und Abg. Loge die Vorzugsrechte vor einer Uebereinstimmung mit russischen Zöden äußerten. Minister v. Warzschall, Ministerialdirektor Reichard, sowie die Abg. v. Bennigsen, Gammacher, Richter und Müller traten dieser Befürchtung entgegen; das Recht der Regierung, Ausländer auszuweisen, werde nicht alteriert werden. Bei Art. 5 wurden befriedigende Erklärungen bezüglich Verminderung der Seucheneinbringung gegeben. Die erste Verhandlung der Kommission hat schon ergeben, daß eine Mehrheit für den Vertrag mit Rußland in derselben vorhanden ist. Diefelbe stellte sich, wie schon oben bemerkt, bei der Abwesenheit einiger Mitglieder durchgehend auf 13 gegen 8 heraus, was allerdings für die Gesamtentscheidung noch nicht bestimmend ist. Man berechnet jetzt nach der „N. L. Z.“ die Zusammensetzung der Kommission dahin, daß 1 von der Reichspartei, 3 National-liberale, 3 Freisinnige, 3 Sozialdemokraten, 1 Pole, 3 Centrumsmänner, zusammen 14 entschiedene Freunde, 3 Konföderate, 2 von der Reichspartei, 1 Antisemit, 3 Centrums-männer, zusammen 11 Gegner des Vertrages sind. Die schließlich Stellungnahme dreier Mitglieder, des nationalliberalen Abgeordneten Schulze-Hamm und der Centrumsabgeordneten v. Bremermann und Weidenfeld-Maup, ist noch nicht sicher entschieden; die beiden letzteren haben gegen den rumänischen Vertrag gestimmt. Bemerkenswert ist auch, daß sowohl der Vorsitzende, Dr. Hammerstein, als sein Stellvertreter, v. Stumm, ebenso wie der designierte Berichterstatter Müller entschiedene Vertragsfreunde sind. Heute, Montag, findet die Beratung des vielangekündigten Artikels über die Eisenbahntarife statt. Die Kommission hofft spätestens bis Donnerstag mit ihren Arbeiten fertig zu werden. Ein schriftlicher Bericht wird nicht erstattet werden, so daß die zweite Beratung im Plenum wohl noch zu Ausgang dieser Woche beginnen kann.

Wahrscheinlich am nächsten Donnerstag, jedenfalls noch vor Beginn der zweiten Beratung des Handelsvertrages, soll auch die Aufhebung des Identitätsnachweises auf die Tagesordnung kommen.

— Der Kaiser und Fürst Bismarck. Das „Berl. Tagbl.“ schreibt: „Ammer bestimmt tritt in politischen Kreisen das Gerücht auf — für das wir jede Verantwortung ablehnen —, daß es bei dem Besuch des Kaisers in Friedrichshagen gegen die Absicht des Kaisers zu politischen Erörterungen gekommen ist, welche zu einem scharfen Disput geführt haben. Der Ausgang sei kein harmonischer gewesen. Wir glauben von dieser Erzählung Nichts nehmen zu sollen, obgleich wir sie nicht kontrollieren können und sie im Widerspruch zu allem steht, was bisher über den Besuch des Kaisers beim Fürsten Bismarck verlautete.“

— Ueber die Meuterei in Kamerun enthält die neueste Nummer des „Deutschen Kolonialblattes“ u. a. einen von der wegen ihres unerhördeten Benehmens in der Stunde der Gefahr i. J. rühmlichst genannten Krankenschwester Margarethe Neue herrührenden Bericht. Demgemäß liege aufreigende Episode nimmermehr definitiv abgeschlossen ist, so entbehrt doch die Schilderung des Vorgangs von einer unmittelbar und so aktiv beteiligten Augenzugabe auch nachdrücklich nicht des Interesses, weshalb wir denselben die merkwürdigsten Stellen hier folgen mögen:

„... Raum waren wir in der Apotheke — ich hatte die Bagage noch nicht in der Hand, — so hörten wir Schüsse fallen, jedoch Herr B. sagte: „Schnell heim!“ Wir stürzten hinaus, da ich natürlich zu meinen Kranken wollte, aber schon auf halbem Wege zwischen Doktorhaus und Hospital hörten wir ein wahnsinniges Getöse auf das letztere und ebenso in unserem Rücken nach dem Gouvernementsgebäude zu. Vorwärts konnten wir nicht mehr, so kehrten wir um und erreichten ungelesen die Vorderseite des Doktorhauses und gingen in das dunkle Wohnzimmer des Doktors; dort saßen wir uns in ängstlicher Erwartung des Kommenden. Um uns, vor uns, in das Haus, überall hin flogen die Kugeln. Ich machte mich gefast, in der nächsten Viertelstunde sterben zu müssen. Ich nahm mir vor, wenn die Rebellen kamen, ihnen entgegenzugehen, um wenigstens möglichst schnell getödtet zu werden. Wir hatten wohl eine halbe Stunde dort verbracht — und was für eine — da kam Herr Heise. . . . Die Empfindung, die ich hatte, als ich einen weißen Schiffe, d. h. Stiefel, auf der Veranda und Herrn Heise rufen hörte, kann ich niemand beschreiben. Nun brachte er uns unter Deckung zum Gouvernementsgebäude und dort verließen wir eine Treppe, wie sie wohl wenige Menschen erlebt haben. Wir sahen im oberen Aufzuge des Hauses: Kaiser Leif, die Offiziere der Schutztruppe, Leutnant Jöring, der Offizier des Vermessungsbataillons, Leutnant Deimling, mit seinem Matrosen, nebst den Herren von der Vorkommando-Staffel, die uns begleitet hatten. Das Parterre des Gebäudes wurde von verschiedenen anderen, die ich nicht alle mehr im Kopfe habe, verteidigt. Kammer Leif trug mir sein Schlafzimmer, das neben dem Raum, in dem alle versammelt waren, liegt, an. Raum zwei Stunden im Gouvernementsgebäude, wurde unter Lagertischgehele Siepert verurteilt heraufgebracht. Da hielt es, verbinden. Ich geriet Bettstücker vom Kammer Leif und verband Siepert, während die Kugeln uns immer um den Kopf saukten. Eine Kanone hatten die Rebellen dicht beim Haus, an der Mauer aufgestellt und alle Augenblicke brachte es um und unter uns von Mauerstücken. Die Fenster Scheiben, die Paravane, alles wurde glatt durchgeschossen und lag uns in Splittern in das Gesicht. Munition war wenig vorhanden, und am 16. morgens gegen 10 Uhr hieß es: Wir müssen uns zurückziehen. Jetzt wurde Siepert von vier schwarzen Soldaten fortgeführt. In dem Augenblicke, als wir hinunter wollten, schlug eine Granate noch das Treppenhause ein. Ueber die Trümmer hinweg eilten wir nach unten. Vorher hatten wir uns aber erst die Taschen voll Patronen gefüllt und ich ebenfalls eine Waffe, einen geladenen Revolver, den ich fand, zu mir genommen, um mich, falls es zum Letzten kommen sollte, davor zu schützen, den Barbaren lebendig in die Hände zu fallen. Die Front des Hauses war frei; vorhin gingen wir. Da belagten wir von den Seiten ein wahnsinniges Feuer. Zuletzt sagte Jemand: „Schwächer Gerecht, man müssen Sie versuchen, voraus zu fliehen; wir wollen fernern, um Sie zu bedenken, und unmittelbar nachkommen.“ Da beschloß ich meine Seele Gott und lief voraus, so schnell mich meine Füße tragen konnten. Auf dem Wege wurde auch auf mich geschossen. In einem Moment, als ich einen Schuh verlor und mich danach bückte, sauste mir eine Kugel über den Kopf fort. — Was übrigens ein tragisches Bild gewesen sein: in einer Hand den Schuh, in der rechten den Revolver, das Kleid von oben bis unten voll Blut. Auf dem Kopf einen großen Hauf vom schwarzen Lagertischgehele. So kamen wir, immer umfaßt von den Kugeln der Schwarzen, aus Wasser, auf die neue Landungsbrücke und in Bote. Von der „Nachricht“ schickte man sofort die Botschaft, die nahm uns ins Schleppland und brachte uns an Bord.“

Rußland.

Italien. Die erregten Debatten in der italienischen Deputiertenkammer hatten am Sonnabend ihren Höhepunkt erreicht. Es fielen recht bittere Worte gegen die Re-

gierung; einzelne Redner erinnerten an den italienischen Aufstand von 1848 und bezeichneten den jetzigen Zustand bezw. die Maßregeln, welche die Regierung infolge der von den anarchistischen Rädelshäuptern angeregten Ruchse ergriffen, als gleichbedeutend mit den Ereignissen von 1848. Crispi stellte schließlich die Vertrauensfrage an die Kammer, deren überwältigende Mehrheit sich dem auch auf Seiten Crispi's stellte. Uns liegt darüber folgende Meldung vor:

HTB. Rom, 4. März. Ministerpräsident Crispi erklärte in der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer unter großer Aufmerksamkeit des Hauses, er werde auf die Interpellationen kurz und offen erwidern und nicht zurückkommen auf die unpassenden geschichtlichen Erinnerungen einzelner Redner, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte unter der Dynastie Savoyen derartiges wie 1848 nicht vorkommen. Es liege ihm fern, die Autorität des Parlaments schmälern zu wollen. Sein Vertrauen auf das parlamentarische Regime gehe so weit, daß er es für das Einzige halte, welches das Wohl und Gedeihen Italiens verürgen könne. Er erwarte das Votum der Kammer, welche die Ereignisse des Jahres 1848 auf eine Linie mit den gegenwärtigen Maßregeln gestellt hätten. Selbst wenn das Ministerium zufälliger Weise Zerstörer bezangen haben sollte, könnte

beisammen, den Wortlaut dieser russisch-französischen Militärkonvention zu veröffentlichen, um allen Vermutungen ein Ende zu bereiten. Der Artikel hat die Aufregung noch vermehrt.

Belgien. Die belgische Kammer verwarf in ihrer Sitzung am Sonnabend die Anträge des Generals Brialmont, betreffend die Verstärkung des belgischen Heeres um 240,000 Mann und den weiteren Ausbau der Maasbefestigung, sowie die Erhöhung des Kriegsbudgets. Brialmont ist derselbe, welcher, wie in voriger Nummer berichtet, dieser Tage in der belgischen Kammer so merkwürdige Ansichten über die Rolle Belgiens bei einem künftigen deutsch-französischen Kriege entwickelte.

Telegraphische Depeschen der „Nachrichten für Stadt und Land.“

BTB. Kiel, 4. März. Der König von Schweden landete an die Prinzessin Heinrich 700 M für die Hinterbliebenen der auf der „Brandenburg“ Verunglückten. Bisher sind bei sämtlichen Sammelstellen etwa 60,000 M eingegangen.

BTB. London, 5. März. Der „Observer“ erklärt, Lord Rosebery nehme den Posten des Ministerpräsidenten nur widerstrebend an; er würde vorgezogen haben, das Portefeuille des auswärtigen zu behalten, und gebe nur den von allen Seiten an ihn gerichteten Bitten nach, um eine schwere Kriege von der liberalen Partei abzuwenden.

BTB. London, 4. März. Gestern fand die erste Sitzung des neuen Kabinetts unter dem Vorsitz Lord Rosebery's statt. Letzterer teilte der Königin telegraphisch mit, daß das neue Kabinett vollzählig sei, und nannte die Namen der neuen Minister.

HTB. Paris, 4. März. Eine bei dem Attentat im Terminus-Hotel ver wundete Person liegt in den letzten Zügen. Dem Verwundeten wurde das Oberbein amputiert, jedoch ist, wie sich herausgestellt hat, die Blutvergiftung bereits zu weit vorgeschritten. — Eine große Anzahl verhafteter Anarchisten ist gestern Abend provisorisch frei gelassen worden. Derselben werden sich demnächst wegen Teilnahme an einer geheimen Gesellschaft zu verantworten haben.

Sämtliche radikalen Blätter, allen voran „Clemente's „Justice“, eröffnen einen heftigen Feldzug gegen Carnot und verlangen den Rücktritt des Präsidenten. Eine vom Schiffe ausgehende Mitteilung bestätigt, daß der kopenhagener Militärattaché Brandcamp sich mit der Prinzessin Waldemar ohne Auftrag Carnots in Verbindung setzte und aus eigenem Antrieb Nachrichten über die Stimmung des Zaren lieferte. Man hält den Zwischenfall für abgeschlossen. (Vergleiche den Artikel „Französische Schützenpolitik“ der vor. Nummer.)

Deutscher Reichstag.

62. Sitzung vom 3. März 1894.

Die zweite Beratung des

Militär-Etats

wird unter einflussreicher Zuzustimmung des Restes des Ordinariums mit dem Extraordinarium fortgesetzt.

Abg. v. Bobbelski (konf.) erklärt im Namen seiner Fraktion, daß dieselbe angesichts der mangelhaften Finanzlage einer Reihe von Abstrichen an den einmaligen Ausgaben zugestimmt habe.

Abg. Richter (fr. Rp.) hält ganz noch weitere Abstriche über die von der Kommission beschlossenen hinaus gewünscht, namentlich an Kirchen- und Kasernenbauten.

Die weitere Debatte bewegt sich um die einzelnen Positionen des Etats; dieselben werden unter erläuternden Berichten des Kommissionsreferenten Groeber (Str.) und unter Beteiligung der

Kommission des Kriegeministers mit den von der Kommission vorgeschlagenen Abstrichen kurzweg guthesetzt.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf bemerkt, daß bei den vielen notwendigen neuen Einrichtungen und bei den noch nötigeren Restaurierungen der bestehenden Kasernen die abnehmende Haltung des Hauses sehr bedauerlich sei. Es befänden sich nämlich in den Kasernen Verhältnisse, welche durchgehende Änderungen durchaus erforderten; es seien doch Söhne des Vaterlandes, denen bessere Existenzverhältnisse geboten werden müßten. Eine Verantwortung übernehme er ebenfalls, wie die Chefs der Armeekorps, wenn ein baufälliges Gebäude zum Einsturz komme.

Ohne jede weitere Debatte wird die Position Karlsruhe (Bau eines Kasernenhauses) gemäß dem Beschlusse der Kommission gestrichen. Bei dem Titel: Erwerbung eines Truppen-Übungsplatzes für das 8. Armeekorps, sowie die Errichtung von Baracken bezgl. Kisten dazwischen, bemerkt

Abg. Prinz Arenberg (Str.), aus den Erklärungen in der Kommission gehe unzweifelhaft hervor, daß es sich hier nur um einen einfachen Gegengraben handle. Die belgische Grenze sei deshalb gewählt, weil man Kosten sparen wolle. Trotzdem seien Befürchtungen aufgetaucht, namentlich habe man von einer Erschwerung des Eisenbahnverkehrs zwischen den deutschen und belgischen Bahnen gesprochen. Richter fragt den Kriegsminister, ob der dargestellte Sachverhalt der richtige sei.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf erwidert, daß die Ansicht des Vorredners durchaus richtig sei. — Befestigungs- werke würden dort nicht angelegt.

Es entsteht hierauf eine kurze Debatte über die von der Kommission gestrichene Forderung für ein Dienstwohnungsgebäude in Metz.

Die **Abg. v. Bobbelski** und **v. Bennigsen** sprechen sich für die Bewilligung aus.

Abg. v. Mantuffel (konf.) beantragt infolge einer Anregung des Abg. Richter die Abweisung dieser Position von der Tagesordnung, welcher Antrag angenommen wird.

Weitere Debatten entstehen beim Extraordinarium nicht. Vom Ordinarium sieht jedoch zunächst zur Beratung Kapitel **Militär-Verwaltung.**

Hierzu beantragt die Kommission eine Resolution: „Die verbundenen Regierungen wiederholt zu ersuchen, nach dem Vorgange der Botschaften über die allgemeine Kriminalpolitik, auch die Verfassung über die von den Militärgerichten abgetheilten Strafsachen zu veranlassen.“

Abg. v. Marquardsen (nl.) spricht seine Freude über die gestrige Erklärung des Kriegsministers bezüglich der Militärstrafprozedur aus.

Abg. Groeber (Str.) erhebt den Minister, möglichst darauf hinzuwirken, daß das Militärstrafprozedur in Uebereinstimmung mit dem Zivilprozeß gebracht werde. Richter bittet um Annahme der Resolution. Kriegsminister von Bronsart kann mit Rücksicht auf die noch schwebenden Verhandlungen nur erklären, daß durch den vorgulegenden Militärstrafprozeß unter allen Umständen im Frieden und im Kriege die Disziplin aufrecht erhalten werde.

Abg. Bergmann (fr. Rp.) wünscht die Mündlichkeit und Öffentlichkeit bei den militärischen Strafverfahren, sowie die strenge Begrenzung der sachlichen und persönlichen Kompetenz der militärischen Gerichtsbarkeit. Richter befürwortet sich über die bei dem gegenwärtigen Strafverfahren bestehenden Mängel und verlangt Abhilfe.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf bemerkt, daß das Beschwerderecht nicht Gegenstand der Beratung sei. Ueber die Wünsche des Vorredners lasse er sich nicht ein. Ueber die Haltung des

Abg. Schel (Rp.) führt in längerer Rede aus, die Haltung des Kriegsministers, welcher genau so denke, wie der alte Kriegsminister, zeuge davon, daß von der Reform des Militärstrafprozesses nichts zu erwarten sei. Die Fälle Kirchhoff und Gradnauer betreffen die Notwendigkeit der Reform; die bestehenden Zustände seien überhaupt keine Rechtszustände mehr, sondern barbarische. Eine Civilperson würde jedenfalls anders behandelt werden, wie der Fall Kirchhoff, wo es sich um Mordanfall handelte. Richter kritisiert weiter das Beschwerderecht, das für die Untergebenen bedeutungslos sei, und erörtert mehrere Fälle von Soldatenmißhandlungen und infolge derselben verübter Selbstmorde. Die Vorgesetzten und Ärzte hätten alles auf, um die militärische Rubrik über diese Fälle so gering wie

möglich erscheinen zu lassen. Der Reichstag habe die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die in der Armee dienenden Söhne des Volkes gerecht behandelt werden.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf wendet sich gegen die Behauptungen des Vorredners über den Fall Kirchhoff, Kirchhoff, der 39 Jahre in der Armee diente, habe nicht als Mauthof oder Mörder gehandelt, sondern als Räuber der beschimpften Ehre seiner Familie.

Sächsischer Bundesbesoldungsträger Kriegsminister Eder v. d. Planitz erörtert den Fall Gradnauer. Die Soldatenmißhandlungen seien nicht zu billigen, aber die strengsten Strafen würden sie nie ganz unterdrücken.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr.

Aus dem Großherzogtum.

Der nachstehend unter dem Titel „Landtagsbeschlüsse“ veröffentlichte Originaltext ist nur mit genauer Berücksichtigung gehalten. Abweichungen und Berichtigungen über lokale Verhältnisse sind der Redaktion vorbehalten.

Oldenburg, den 5. März.

* Oldenburgischer Landtag.

Aus den drei letzten Sitzungen des Landtags haben sich besonders hervor die Verhandlungen über das Gefaltsregulativ (dessen zweite Lesung morgen, Dienstag, stattfindet), das Brandlaffengesetz, sowie die von dem Abg. Meyer beantragte Steuer-Reform. Aus dem Gefaltsregulativ wieder waren es besonders die Position „vortragende Räte“ des Staatsministeriums, sowie der abgelehnte Antrag eines Teils des Ausschusses, an Stelle eines technischen Hilfsarbeiters einen technischen Vortragenden Rat im Ministerium anzustellen, welche die meisten Stoff zu lebhaften Debatten lieferten. Die Stelle sollte geschaffen werden zur Ueberwachung und Kontrollierung des technischen Betriebes der Eisenbahnverwaltung, und zwar wurde hierbei besonders auf die Vorkommnisse unter dem Regime des früheren Eisenbahndirektors Geheimrat Bormann hingewiesen. Elf der Abgeordneten waren, wie die Abstimmung ergab, für die Anstellung eines solchen Vortragenden Rats, der also direkt eine betriebstechnische Kontrolle der Eisenbahnverwaltung ausüben sollte. Bemerkenswert besonders die Äußerung des Abg. Jaspers, welcher sagte: „Ich habe kein Recht, irgend einen Verdacht gegen die Eisenbahnverwaltung auszusprechen; auf der anderen Seite finde ich aber auch keinen Grund, auf dem ich meine Ueberzeugung aufbauen kann, daß bei der Verwaltung alles in Ordnung ist.“ Die Herren Jaspers und Grob verlangten besonders dringlich die Anstellung des Vortragenden Rats; derselbe wurde aber bekanntlich von der Mehrheit nicht bewilligt. Von mehreren Abgeordneten wurde, was wir nicht unerwähnt lassen wollen, in der Debatte auf die anerkannte Tüchtigkeit des jetzigen Eisenbahndirektors sowohl wie auch des Eisenbahndirektors im Ministerium hingewiesen, dem auch von keiner Seite widersprochen wurde. Inzwischen hat Herr Geheimrat Bormann eine kurze Verteidigung durch die „Kölz. Ztg.“ erhalten, wozu ihm ja auch im Landtage selbst in seiner Rede Gelegenheit gegeben ist. Von anderer Seite verläutet, Herr Geheimrat Bormann wolle wieder in die Öffentlichkeit treten und versuchen, als Landtagsabgeordneter für Vortrags einen Sitz im Landtage zu erhalten. Ob dies wirklich die Absicht des Genannten ist, läßt sich nicht kontrollieren.

In der Sitzung am Freitag hat die Abstimmung über das Brandlaffengesetz ein überraschendes Resultat nicht nur für das Publikum, sondern auch für das Haus der Abgeordneten selbst ge-

Theater und Musik.

Großherzogliches Theater. Carl Morre, der Dichter des gestern zum ersten Male hier aufgeführten fantastischen Volksstückes „s'Nuller!“ hat es verstanden, in die Fußstapfen des durch und durch originellen Charakteristikers Ludwig Angenbrun zu treten, aber statt mit dessen wunderbarer Tiefe und Reizhaftigkeit der poetischen Anschauung aus zu einzunehmen, ist er im Theatralischen hängen geblieben. Die Theaterbesuche, die die große Menge in Altona hatten, nehmen im „Nuller!“ eine so dominierende Stellung ein, weshalb auch von einer Höhe der Tragik in ihm nicht die Rede sein und das Stück keine tiefgreifende Wirkung erzielen kann. Eine etwas soziale Frage tritt in ihm nur episodisch auf, und statt sie mit stillichem Ernst zu ergreifen und zum klaren Verständnis zu bringen, wird sie nur als erheiterndes, belustigendes Moment dem Ganzen einverleibt. — Möge der Leser dieses Berichtes selber urteilen.

Der Grumbesserer und Gemeindevorstand Volkmar Quarghien hat zwei Töchter, Angela und Gabi. Die erste führt der Wirt in St. Johann, Lorenz Gutsjahr, als seine Frau heim, die zweite trägt eine unglückliche Liebe zu dem Großhändler ihres Vaters, Rupert, im Herzen. Unglücklich, weil ein Schwur sie daran hindert, einen Knecht zu heiraten. Nach einer längeren, glücklich überstandenen Krankheit, in der sie von Rupert und einem Einleger (Gemeindevorstand) der Null Aneel mit der größten Hingabe gepflegt und bedacht wurde, scheint sie einen Ring der verstorbenen Mutter dem Rupert, der in der Uebervallung seines Herzens ihr seine Liebe gesteht. Mit diesem Gestand ist der erste Konflikt in ihr bis dahin pilles Leben gewesen. Ein von ihr verführter Arbeiter um ihre Hand, der Grumbesserer Schmurrer, ist umgeben von den Liebes- und Zuneigung der Tat und verläßt sie dem Vater der aber durch das hilfreiche Eingreifen des Null Aneel glücklicherweise abgelenkt wird, den Vater aber dennoch veranlaßt, der Gabi das Haus zu verbieten und sie zu ihrer verheirateten Schwester zu schicken. Diese (Angela) ist bereits auf dem besten Wege, ihrem Mann untreu zu werden, denn den verführerischen Lockungen eines reichen Privatiers, des Herrn von Kronwald, hat sie nicht widerstehen können und ihm an einem verabschiedeten Orte einen Kuß nicht verweigert. Auch dieses wird dem Vater von dem nachsichtigen Grumbesserer Schmurrer verzeihen. Inzwischen hat Gabi der Schwester die Augen geöffnet und den Verführer für immer aus dem Hause des barmherzigen Ehepaars zu entfernen gewünscht. Als nun der Vater angereist kommt, um die Ehre der Familie zu retten, opfert sich Gabi für Angela, indem sie die ganze Schuld auf sich nimmt. Weshalb aber muß Gabi jetzt in das Laterhaus zurückkehren, aber nur um dem Vergleichen ausgeht zu

werden, was ein jungfräuliches Mädchen treffen kann, durch verruchte Manipulationen als eine Vuhstirne gekennzeichnet zu werden. Wieder ist es der verführerische Liebhaber, der Grumbesserer Schmurrer, dem dieses Vuhstirndung gelingt. Eine an das geöffnete Fenster in der Nacht angelegte Leiter und der in die Schlafstube Gabi's geworfene Hut des Herrn von Kronwald genügen dem verführten Vater, an die Schuld seiner Tochter zu glauben. In Nacht und Nebel führt er sie zum Hause hinaus und überläßt sie ihrem Schicksal. Da heftet sich der Null Aneel, der so gut wie unter freiem Himmel der Verlorenen gegenüber die Nacht zubradet, an ihre Fersen, läßt sie nicht aus seinen Augen und behauptet sie schließlich vor einem Selbstmord. — Der halbstarre Vater, dem die Ehre über alles geht, der, wo es sich um diese handelt, ein Herz von Stein hat, ist durch ein Schreiben des eigentlichen Ueberräts aller dieser Vorkommnisse von seinem Unrecht überzeugt worden. Die tiefste Reue im Herzen tragend, sucht er das unglückliche Kind auf und nachdem der schuldige, verführerische Liebhaber, der Grumbesserer Schmurrer, sich als ein schon lange gesuchter Wildbilde entpuppt hat und von dem Revierförster zur Verhaftung fortgeschleppt wird, führt ihm der Null Aneel die Tochter zu, deren Verbindung mit dem von ihr heiß geliebten Großhändler Rupert jetzt nichts mehr im Wege steht. — Das ist der ganze Inhalt dieses Volksstückes. Die beiden Einleger (Gemeindevorstand), der Knecht Gias und der Jammerer Hans, greifen in die Handlung nicht mit ein. Sie sind nichts weiter wie ein Hauch, der über eine tief in das Leben einschneidende Frage hinwegfährt, und Stoffel der Knecht ist der längst begabene Thaddäus der alten österreichischen Siegesvolksmödie. Mag sich daran erfreuen, wer Lust hat, d. h. im Eviden, der Norden ist zu weit geistig betagert, um sich mit Kinderpiegelung befassen zu können. — Ist das ein Volksstück? Aus Angenbruners Studien wurde uns klar, was ein Volksstück ist, ein solches, wo wir das Verhängnis, das die dargestellten Personen über ihrem Haupte schwebend wahrnehmen, aus ihren Leidenschaften, Gefühlsregungen und Taten hervorgehen sehen. — Ist das in „s'Nuller!“ zu finden? Nein!

Vorgeführt wurde das Stück ganz vortrefflich. Sollen wir uns eines ganz gewöhnlichen Ausdrucks bedienen, so müssen wir sagen, es klappte alles auf's beste. Herr Beyerhauser schwamm als der Null Aneel in seinem Element wie der Fisch im Wasser. Der Dialekt, wenigstens der bayerische, war fehlerfrei und die Auffassung des Charakters zeugte von einem eingehenden Studium. Das tiefe Gemüt, das diesen armen, von seinen Mitmenschen nicht beachteten Gesetze befand, wurde bis in seine geheimsten Regungen mit großer Vollendung zum Mitgefühl gebracht und wenn es dem Künstler einmal gelingt, die allzu realistischen Farben von seinen Bildern zu entfernen, dann wird ihm in dieser Rolle der höchste Ehrenpreis zuerkannt werden müssen. — Fräulein Robbe gab uns mit der Gabi ein lebensvolles Bild

der weichegearteten, charakterlosen Tochter eines wenn auch ehrenwerten, aber stillenweise doch hartbärtigen Vaters. Ihr Gehörman artete nie in Trop aus, es war eine stille Ergebung in das Unverständliche und mit hübscher Reife wirkte sie bis zum letzten Augenblick den vollen Ausdruck des Gefühls zurückzugeben. Aber hier durchdrang das seltsame das Dämme und ritz, dem Charakter und der Situation angemessen, alles mit sich fort. — Den Volkmar Quarghien, ein etwas recht sehr charaktervoller Charakter, gab Herr Krähl und machte aus demselben was nur daraus zu machen war. Unseres Erachtens ist dieser Bauer unwahr, er ist nicht aus der Tiefe des Volkslebens geschöpft. Er bewegt sich mehr oder weniger in den Grenzen der Bauern einer Barch-Heister. Ein ungeheuerliches Bauerleben tritt uns in diesem Charakter nicht entgegen. Durch sein ungeheuerliches, natürliches Spiel wirkte Herr Krähl ihm doch Leben und Seele einzuhauen. — Fräulein Robb war eine recht verständliche Angela und umging die Hölle, die ihr von dem Dichter des Stückes gelegt ist. Herr Richter zeigte als Rupert auf's neue, welche eine vortreffliche Kraft in vergleichenden naturwissenschaftlichen Charakteren das Theater an ihm besitzt. Er war ein ganzer Mann! — Die anderen Rollen sind zu unbedeutend, sie eignen zu beschreiben, nur zwei junge Kräfte können wir nicht mit Stillherrschaft übergehen, die uns gestern so gut wie zum erstenmal gegenübertraten. Zwei Herr Richter, ein sehr junger Mann, der den alten Jammerer Hans zu verkörpern hatte. In der Wiederholung dieser Episode sprach sich ein hübsches Talent aus. Von dem Unfertigen sehen wir ab, das gleicht sich mit der Zeit aus, aber wo uns ein Charakterisierungsvermögen entgegentritt, erkennen wir es gern an. Ein Gleiches gilt von Fräulein Barny. Ihre Magd Grete ist nur eine höchst untergeordnete Rolle, aber mit großer Verbe, ohne sich herabzuhaufen zu wollen, wurde sie aus dem Rahmen des Alltäglichen hervorgehoben. Ein hübsches, ausdrucksvolles Mienenspiel begleitete die Worte und der Gesang war das, was er sein soll, ein natürlicher, ein nicht der Schule abgelaufener. Irren wir nicht, so haben wir es hier mit zwei nicht zu unterschätzenden jugendlichen Kräften zu thun.

Es ist sonst nicht unsern Amtes, von der Zwischenaktmusik zu sprechen, aber die gestrige darf und kann doch nicht mit Stillherrschaft übergehen werden, weil das gesamte Publikum die fünfte Nummer mit lauter Beifall begrüßte und sie gern wiederholt gehabt hätte. Es war dieses „Gruß nach Steiermark“, „Pantafie im Ländlerstil für Zither und Orchester von Brannhorst.“ — Man ist es sonst nicht gewohnt (leider!), daß der Zwischenaktmusik Aufmerksamkeit geschenkt wird, gestern waren die Theaterbesucher mäusehensill, als die Zither aus dem Orchester ihre ersten Töne anblies, und sie blieben es auch bis zum Schluß der Pantafie, wo sie ihre Hände in Bewegung setzten. Wädhle es doch immer so sein! Fr. W.

Beilage

zu No 53 der „Nachrichten für Stadt und Land“ vom Montag, den 5. März 1894.

* Oldenburgischer Landtag.

25. Sitzung am 3. März, vormittags 10 Uhr.

Am Regierungstische haben Platz genommen Minister Seemann, sowie die Räte Müller, Willisch, Ruffert, Deltmann und Dugend.

Der Präsident teilt vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß die Dauer des Landtags bis zum 10. d. M. verlängert ist.

Der erste Beratungsgegenstand betrifft die beantragte würdigere Ausstattung des Sitzungssaals im Landtagsgebäude.

Abg. Feldhus: Schon vor drei Jahren habe ich den Antrag auf Neubau eines Landtagsgebäudes gestellt, derselbe wurde aber der großen Kosten wegen abgelehnt. Die Staatsregierung hat nun auf Antrag aus dem Landtage in Bezug auf eine würdigere Ausstattung des Sitzungssaals des Landtagsgebäudes ein bezügliches Schreiben an den Landtag gerichtet nebst detailliertem Kostenanschlag. Danach sind für die Umgestaltung des Sitzungssaals 7000 Mk. und für die Verlegung der im Landtagsgebäude befindlichen Bibliothek, sowie für die Umgestaltung der Hauswartswohnung 420 Mk., in Summa 7420 Mk. erforderlich. Auch die Pläne, die dem Gebäude von der Johannisstraße aus ein der Reibdeichstraße hinwärtiges Aussehen verleihen, muß befreit werden. Der Ausschuss beantragte, die verlangte Summe zu bewilligen.

Abg. Jaspers: Ich erlaube mir ebenfalls die Notwendigkeit einer würdigeren Ausstattung des Sitzungssaals an. Wir haben jetzt das Landtagsschreibenszimmer und als Direktor desselben in Herrn Marten einen tüchtigen Mann, den man bei der Ausbesserung des Saales mit hinzuziehen sollte. Auch wäre eine Telefonverbindung sehr wünschenswert.

Die verlangte Summe wird darauf bewilligt. Der Gemeinderat in Döhlgrünne hat eine Petition eingereicht um Gewährung eines Staatszuschusses zu den Kosten für eine in Aussicht genommene

landwirtschaftliche Winterschule zu Döhlgrünne.

Abg. Schröder: In Döhlgrünne und Umgebung hat sich das Bedürfnis nach Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule in Döhlgrünne geltend gemacht. Der Gemeinderat, welcher um die Bewilligung eines Staatszuschusses einkommen ist, hat jedoch weder einen genauen Kostenanschlag vorgelegt, noch den von der Gemeinde zu offerierenden Jahresbetrag als gesichert nachzuweisen, und kann daher der Ausschuss die Petition nicht zur Berücksichtigung empfehlen, beantragte vielmehr, über dieselbe zur Tagesordnung überzugehen. Bezüglich der Sache selbst möchte ich der Regierung anheimgeben, falls sich die Verhandlungen mit einem der anderen Orte, an denen eine landwirtschaftliche Winterschule errichtet werden soll, zerstreuen sollten, alsdann die betreffenden Mittel für Döhlgrünne zu verwenden, vorausgesetzt, daß von der Gemeinde die erforderlichen Vorbedingungen erfüllt werden.

Regierungskommissar Geheimrat Müller: Seitens der Gemeinde Döhlgrünne sind bei der Regierung feierliche Schritte getan, woraus man schließen konnte, daß dort überhaupt der Wunsch nach Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule besteht, die Regierung konnte deshalb auch nicht in eine Prüfung der Angelegenheit eintreten.

Abg. Vöhring tritt für Döhlgrünne ein und wünscht, daß der Gemeinde in dem Bestreben nach Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule entgegengekommen werde. Döhlgrünne liegt für eine solche Schule sehr geeignet und ich bin überzeugt, daß auch die nötigen Mittel von der Gemeinde beschafft werden können.

Ueber die Petition wird darauf, dem Ausschussantrag gemäß, zur Tagesordnung übergegangen. Man darf jedoch erwarten, daß die Regierung die von den Abg. Schröder und Vöhring zu gunsten Döhlgrünnes geäußerten Wünsche nicht außer Acht lassen wird.

Die beiden folgenden Gegenstände, welche beide den Gesetzentwurf, betreffend eine

Grenzveränderung zwischen den Gemeinden

Holle und Altenhunteorf

betreffen, werden zusammen beraten.

Abg. Wils: Zu der jetzt zur Beratung stehenden zweiten Lesung des Gesetzesentwurfs über die Grenzregulierung zwischen den Gemeinden Holle und Altenhunteorf sind weitere Petitionen von der Schulacht Norddorf und der Gemeinde Altenhunteorf eingegangen, in welchen sich die Petenten gegen die beabsichtigte Grenzregulierung aussprechen. Es soll bekanntlich von der Gemeinde Altenhunteorf die sog. Gellenerheide ausgehoben und dafür die Fährbucht zugelegt werden. Die Gemeinden Altenhunteorf und die Schulacht Norddorf behaupten nun, durch diese Grenzregulierung einen nicht unbedeutenden Schaden zu haben. Der Ausschuss hat aber alles reiflich erwogen und sich überzeugt, daß die Grenzveränderung vorgenommen werden muß. Er beantragte deshalb, den Gesetzentwurf auch in zweiter Lesung zu genehmigen und die Petitionen dadurch für erledigt zu erklären.

Abg. Schröder wünscht die Gründe zu wissen, weshalb die Wünsche der Petenten nicht berücksichtigt werden konnten.

Regierungskommissar Reg.-Rat Dinklage: Ich erkläre, daß alles alles richtig und den bekannten Gründen nichts hinzuzufügen sei. Wenn Altenhunteorf sich mit der Grenzregulierung einverstanden erklärt hätte, so hätte ein Gesetzentwurf gar nicht vorgelegt zu werden brauchen, sondern die Angelegenheit im Wege der Verordnung geregelt werden können.

Die beiden Ausschussanträge, wie sie von dem Abg. Wils mitgeteilt, werden darauf angenommen.

Der zweite Beratungsgegenstand betrifft

Gerechtsprechung in Strüdlingen, Ramslöh und Scharrel.

Abg. Möhlmann: Die Strüdlinger Gemeindevertretung ist darum einkommen, daß vom Amtsgericht Frisvorte jährlich sechs Sprechstage in Strüdlingen abgehalten werden mögen, da durch die jetzigen Sprechstage in Barpel und Ramslöh für die Gemeinde Strüdlingen sich als ungenügend und von Interessen derselben nicht entsprechend erwiesen haben. In Ramslöh werden jährlich zwölf Sprechstage abgehalten, da aber Strüdlingen bei weitem die größte Gemeinde der in Frage kommenden Bezirke und daher bestimmt annehmen muß, daß die meisten zuziehenden zum Gerechtsprechstage aus dieser kommen, so beantragte der Ausschuss, die Petition der Gemeindevertretung von Strüdlingen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Petition der Gemeinde von Ramslöh und Scharrel wegen Beibehaltung der beiden gerichtlichen Sprechstage ist danach als erledigt anzusehen, und stellt der Ausschuss einen dahingehenden Antrag.

Reg. Kommissar Ministerialrat Willisch legt die Notwendigkeit

der vermehrten Sprechstage in Ramslöh dar und bittet, dieselben beizubehalten und nicht die Hälfte der Sprechstage von Ramslöh nach Strüdlingen zu verlegen.

Abg. Möhlmann betont demgegenüber das Bedürfnis der Sprechstage für Strüdlingen. Der Ort zählt mit seinen 2107 Einwohnern 450 Einwohner mehr als Ramslöh und Scharrel zusammen genommen.

Die Ausschussanträge werden darauf angenommen, und ist es nun an der Regierung, die Wünsche der Strüdlinger Petenten dem Landtagsbeschlusse entsprechend zu berücksichtigen.

Der folgende Gegenstand betrifft die Beschlußfassung über einige bei Beratung des Vorantrags des Herzogtums zurückgestellte Positionen, betreffend die Bewilligung der nötigen Summen für den Neubau eines

Amtsdiensteigebäudes in Ellwürden.

Abg. Feldhus: Bevor wir in die Beratung über diesen Gegenstand eintreten, habe ich im Namen des Finanzausschusses folgende Erklärung zu verlesen:

„In einer der zu diesem Gegenstande eingegangenen Petitionen aus einigen Gemeinden des Amtes Butjadingen wird dem Abgeordneten Hansing der Vorwurf gemacht, in eigenmächtiger Weise für die Verlegung der Behörden in Ellwürden nach Nordenham im Landtage gestimmt zu haben. Der Ausschuss nimmt Veranlassung, diese Anschuldigung energig zurückzuweisen und giebt fernerseits dem Abgeordneten Hansing das Zeugnis, in dieser Angelegenheit vollständig neutral gehandelt zu haben. Der Ausschuss bittet, der Landtag wolle sich dieser Erklärung anschließen.“

Die Verlesung dieser Erklärung wird mit Beifallsbezeugungen des Hauses aufgenommen und schließt sich der Landtag derselben einstimmig an.

Abg. Feldhus: Der Ausschuss hat diese Positionen bei Beratung des Vorantrags zurückgestellt, weil die Sache damals noch nicht genügend geklärt war. Der Ausschuss beantragte jetzt, die verlangten Summen für den Neubau eines Amtsdiensteigebäudes in Ellwürden, einer Amtsdienstwohnung daselbst etc. nicht zu bewilligen. Abbehausen hat sich nun bereit erklärt, die nötigen Gefängniszellen dort zu bauen, ebenso eine solche in Nordenham. Wenn mit der Gemeinde Abbehausen in dieser Hinsicht abgeschlossen wird, so wird der dringende Wunsch der Gemeinde, das Amt zu befehlen, erfüllt.

Abg. Jaspers: Die Gemeinde Abbehausen hat sich aus eigenem Antrieb bereit erklärt, besondere Aufwendungen zu machen, um sich die Behörde zu erhalten. Es ist wohl nicht gut möglich, ein solches Anerbieten abzulehnen. Ferner hat aber jodann die Regierung die Gemeinde veranlaßt, noch besondere Aufwendungen in Nordenham, also außerhalb ihres Gemeindebezirks, zu machen. Ich hätte es lieber gesehen, wenn die Regierung die Gemeinde Abbehausen zu diesen Aufwendungen nicht veranlaßt hätte.

Reg.-Kommissar Oberreg.-Rat Dugend: Abbehausen ist freiwillig mit Anträgen gekommen und hat selbst der Regierung die Offerte gemacht, die nötigen Gefängniszellen zu bauen, um sich die Behörde zu erhalten. Die Regierung hat darauf der Gemeinde Abbehausen gesagt, daß es sich empfehlen würde, die Errichtung einer Zelle in Nordenham in die Offerte mit aufzunehmen.

Abg. Groß: Ich halte es eines Staates nicht für würdig, eine Gemeinde in der Weise zu quälen. Abbehausen hat sich zwar selbst erboten, die Aufwendungen zu machen; aber was es denn nötig, der Gemeinde solche Lasten aufzuerlegen? Jetzt sind im Ausschuss freilich große Bedenken für die Verlegung des Amtes; aber es ist nicht zu billigen, daß Abbehausen so große Opfer bringen muß, um die Behörden zu befehlen.

Abg. Jaspers: So schlimm, wie der Abg. Groß dies hinstellt, ist es mit den Opfern, die Abbehausen zu bringen hat, wohl nicht. Die Opfer bestehen in dem Bau der Zellen in Ellwürden und einer solchen in Nordenham. Außerdem ist das Haus, welches für den Zellenbau angekauft ist, für den Ankaufspreis jeden Augenblick wieder zu verkaufen, wenn dies später einmal notwendig werden sollte. Durch diese Verhandlungen wird aber in Abbehausen und in Vöhlgrünne Mißstimmung hervorgerufen, und besonders wegen des Umstandes, daß Abbehausen auch noch in Nordenham eine Zelle einrichten soll. Das Objekt ist doch zu klein, als daß die Regierung darauf hätte Bedacht nehmen müssen. Es giebt doch auch noch höhere Gesichtspunkte, als die petulanten, von denen aus solche Sachen zu betrachten sind.

Abg. Feldhus: Ich bemerke, daß Abbehausen wohl gewußt hat, daß es die Behörden nur für unbestimmte Zeit befehlen wird.

Der Ausschussantrag wird hierauf angenommen, sodas also die vielbesprochene Verlegung des Amtsdiensteigebäudes von Ellwürden nach Nordenham nicht stattfindet.

Die Rechnungen der Landeskasse des Fürstentums

Wierfeld

für die Jahre 1888 bis 1890 sind von dem Finanzausschuss geprüft worden und beantragt der Ausschuss, dieselben unbeanstandet an die Große Staatsregierung zurückzugeben zu lassen.

Der Antrag wird angenommen.

Den

Anfang des vormaligen Präsidenten Erdmann'schen Hauses betreffend, hat die Regierung eine entsprechende Vorlage an den Landtag gerichtet.

Abg. Meyer: Es handelt sich um ein Haus mit einer dazu gehörigen ziemlich großen Grundfläche an der Neuenhunteorfstraße, welches für 25,000 Mk. von dem Staat angekauft ist. Der Ausschuss beantragte, die Summe zu bewilligen.

Das Haus befindet sich demgemäß.

Geheimrat Dinklage zu Neuwege hat eine Petition eingereicht betreffs Aufhebung der Frage, ob das

Einkommen Manfensburgs aus dem Grundbesitz

unter das Förentalgehe gehöre oder nicht.

Abg. Wente: Ich teile kurz mit, daß die Angelegenheit nicht Sache des Landtags, sondern der Regierung sei; der Ausschuss beantragte deshalb, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Das Haus schließt sich diesem Antrag an.

Es folgt die Beratung des Projekts der

Einrichtung der Aufseherämter im Norden Jeverlands.

Abg. Meyer: Im Norden Jeverlands, etwa am Endpunkte

notwendig. Der Ausschuss schließt sich durchaus der Ansicht der Regierung an und beantragt, die zur Ausführung dieses Projekts nötige Summe zu bewilligen.

Abg. Jten: Das ganze Projekt ist ein durchaus gesundes und den Verhältnissen angemessenes und liegt das Vorgehen der Staatsregierung sehr im Interesse des nördlichen Jeverlandes.

Der Antrag wird, wie schon in voriger Nummer mitgeteilt, angenommen.

Eine sehr rege steuerpolitische Debatte knüpft sich an die Beratung des von dem Abg. Meyer gestellten selbständigen Antrags, betreffend eine

Reform der gegenwärtigen direkten staatlichen Besteuerung.

Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Landtag wolle die Große Staatsregierung dringend ersuchen, eine Reform unserer gegenwärtigen direkten staatlichen Besteuerung in Aussicht zu nehmen und zu dem Zwecke dem nächsten ordentlichen Landtage die erforderlichen Gesetzentwürfe zu unterbreiten, entweder im Sinne der neueren preussischen Gesetzgebung unter Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer, Uebereinstimmung derselben an die Gemeinden und Ertrag derselben durch eine das gesamte Volksvermögen treffende prozentual gleichmäßige Vermögenssteuer, oder durch eine der Vorbelastung des Realbesitzes analoge Prägervation des zinsbringend angelegten Kapitals, der nicht auf Realbesitz beruhenden Rente und des in Handel, Gewerbe und Schiffahrt angelegten Vermögens, unter einer dem Ertrage dieser neuen Steuer entsprechenden Herabsetzung der Grund- und Gebäudesteuer, nebst angemessener Berücksichtigung der Schulbelastung des Immobilienbesitzes bei Veranlagung der letzteren Steuer.“

Die Mehrheit des Finanzausschusses, welche diesen Antrag beraten, stellt ihrerseits den Antrag, denselben unverändert anzunehmen.

Eine Minderheit (Schröder und Wallroth) ist zwar im großen und ganzen mit der Mehrheit einverstanden, glaubt aber, daß der Antrag in seinen Forderungen allzu bestimmt und dringlich sei; sie beantragt deshalb:

„Der Landtag wolle unter Ablehnung des selbständigen Antrages Meyer hinsichtlich der seitens der Mehrheit empfohlenen Fassung die Grobherzogliche Staatsregierung ersuchen, eine Reform unserer gegenwärtigen direkten staatlichen Besteuerung, insofern möglich im Sinne der neueren preussischen Gesetzgebung, unter Einführung einer das gesamte Volksvermögen treffenden, prozentual gleichmäßigen Vermögenssteuer in Aussicht zu nehmen und dem nächsten ordentlichen Landtage eine diesbezügliche Gesetzesvorlage zu machen.“

Eine andere Minderheit des Ausschusses (der Abg. Jaspers)

beantragt, der Landtag wolle den Antrag Meyer ablehnen.

Abg. Meyer: Wenn es der älteste Grundsatzt jeglicher staatlichen Verwaltung ist, nach allen Richtungen vollständige Gerechtigkeit eintreten zu lassen, so muß, wenn dies auf dem Gebiete ideeller Wohlfahrt zur Geltung kommen soll, auch auf dem Gebiete der materiellen Wohlfahrt geschehen. Wenn dieser Grundsatzt gilt, so müssen aber auch die Lasten gleichmäßig verteilt werden. Das ist bei dem gegenwärtig im Grobherzogtum Oldenburg geltenden Systeme der direkten Besteuerung nicht der Fall. Dadurch, daß von unserem Grund- und Häuserbesitz die jetzt bestehende Grund- und Gebäudesteuer entrichtet werden muß, dann aber das Einkommen aus diesem Grund- und Häuserbesitz durch eine Einkommensteuer noch einmal belastet wird, ist ein Zustand der Doppelbelastung geschaffen, der ein erhebliches Unrecht in sich schließt. Ein solches Verhältnis der mehrfachen Besteuerung desselben Einkommens, welches Jahrzehnte lang in Oldenburg bestanden hat, kann als zeitgemäß nicht mehr angesehen werden. Im Großherzogtum Preußen ist der Übergang zu einem anderen System bereits angeordnet, welches mit dem Steuerjahr 1895/96 bereits in Kraft treten wird. Wenn dort mit dem Grundsatze der mehrfachen Besteuerung des Einkommens aus Grund- und Gebäudebesitz gebrochen ist, so ist es auch bei uns in Oldenburg an der Zeit, einen entsprechenden Beschluß zu fassen. Die Absicht des Antrages geht nun dahin, der Regierung eine Anregung zu geben, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß wir es auch unternehmen müssen für geboten erachten, eine Reform des jetzigen Systems der direkten Besteuerung vorzunehmen, und zwar im Sinne des Antrags. Dieser zerfällt in zwei Teile, deren erster dahin geht, das neue preussische System auch bei uns durchzuführen, welches darauf basiert, daß die bisherige Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer aufgehoben, an die Gemeinden überwiehen und durch eine Vermögenssteuer ersetzt wird, welche, der preussischen sogenannten Ergänzungsteuer entsprechend, prozentual gleichmäßig das gesamte Volksvermögen treffen würde. Aber Preußen hat noch andere und bessere Quellen, um den durch die Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer entstehenden Ausfall zu decken. Preußen hat viele reichere Leute, die eine hohe Einkommensteuer bezahlen, vor allem aber das System der Uebereinstimmung eines beträchtlichen Teils des Ertrages der Realbesitzer und Zölle an die Staat, welches zur Gleichrichtung der kommunalen in wirtschaftlicher Weise beiträgt. Die Ergänzungsteuer hat für Preußen demnach eine andere Bedeutung, als sie für uns haben würde. Wir verfügen auch nicht über die Gewerbe- und Vergewerkssteuer, die Preußen ebenfalls hat. Wenn wir also die Vermögenssteuer einführen wollen, so müssen wir hier prozentual eine höhere Besteuerung, als dies in Preußen der Fall ist, in Aussicht nehmen. Die preussische Ergänzungsteuer soll 35 Millionen Mark, das sind 28 % der preussischen Einkommensteuer (welche im Steuerjahr 1892/93 124 Millionen Mark betragen hat) aufbringen; bei uns müßte dagegen (da wir einen Einkommensteuerbetrag von ca. 1,000,000 Mk. haben), wenn die Grund- und Gebäudesteuer (von annähernd 1 Million Mark) durch eine Vermögenssteuer ersetzt werden soll, die letztere ca. 90 % der Einkommensteuer betragen. Der Schwerpunkt der Reform würde darin liegen, eine Gleichmäßigkeit in der gesamten Besteuerung herbeizuführen.

Der Antrag beabsichtigt nicht die Aufhebung der Realsteuern überhaupt, sondern stellt deren Fortbestand als kommunalsteuermäßig fest. In dem zweiten Teil des Antrages wird der Vorschlag gemacht, daß man, falls die Oberbürgerliche Regierung das preussische System nicht acceptieren will, den Grundbesitz des Antrages, die Besteuerung der Doppelsteuer auf Realbesitz, dadurch zu erreichen beabsichtigt sein möge, daß man die Kapitalrente und den Gewerbe-, Handels- und Schiffahrtsteuern mit einer der Grund- und Gebäudesteuer analogen Vorbelastung befreit, die letztere (also die Grund- und Gebäudesteuer) aber um den Betrag des Erlöses aus den anderen Steuern herabsetzt und die Realsteuer auch nach der Minderung hin verändert, daß man die auf dem betreffenden Objekt lastenden Schulden in angemessener Weise in Abzug bringt. In diesem Falle würde eine Herabsetzung der jetzigen Grund- und Gebäudesteuer auf etwa die Hälfte ihres gegenwärtigen Betrages erfolgen müssen und der hierdurch entstehende Ausfall würde dann durch eine Gewerbesteuer und eine Kapitalrentensteuer wieder einzubringen sein. Durch die vorgeschlagene Reform würde jedenfalls mit den Bevorzugungen und Privilegien eines Teils der Bevölkerung aufgeräumt und dem Vorwurf der Ungleichmäßigkeit und darum ungerade Steuer die Spitze abgebrochen werden. Im Ausschuss war man über die Art der Reform der direkten staatlichen Besteuerung verschiedener Meinung. Der Mehrheits ist es nur darum zu thun, der Regierung eine Anregung zu geben, nach einer anderen gerechteren Form der direkten Besteuerung zu suchen. Die Mehrheit ist eben, und bereit, meinem Antrage in etwa anderer Fassung zuzustimmen in der Hoffnung, daß dann die eine Minderheit von ihrem Antrage abgehen wird. Ich würde dann meinen Antrag dahin modifizieren, daß der zweite Teil desselben von dem (seit gedruckten) Worte „oder“ ab wegfällt und hinter „Vermögenssteuer“ gesetzt wird; „eventuell“ auf anderem Wege.“ Ich bitte, meinen Antrag in dieser modifizierten Fassung anzunehmen.

Abg. Jaspers tritt den Ausführungen Meyers entgegen. Ich bin nicht so töricht, den Versuch zu unternehmen, hier durch Gründe auf meine Gegner in irgend einer Weise einzuwirken. Derartige finanzpolitische und volkswirtschaftliche Anschauungen haben eine große Ähnlichkeit mit einem Dogma. Ich habe mich überall gegen Andersdenkende nachlässig verhalten. (Abg. Jürgens rufte: Gegenliebe!) Ich habe ganz im allgemeinen gesprochen, und bezog dies auch auf die Partei, welcher ich angeschlossen war zur Ehre annehme. Ich habe mich im Ausschuss bereits dahin ausgesprochen, daß ich es nicht von der Hand weisen will, daß hinsichtlich der von Preußen eingeführten Veränderung seiner Besteuerungsverhältnisse auch dem Oldenburgischen Landtage und der Staatsregierung Stellung genommen wurde, daß ich aber die in dem Antrage Meyer niedergelegte Ansicht als zureichend nicht anerkennen kann, daß durch die Grund- und Gebäudesteuer bei gleichzeitiger Besteuerung des Einkommens aus Grundbesitz durch die Einkommensteuer eine doppelte Besteuerung erfolgt. Wenn der Antrag Meyer dahingegen, daß die Regierung in eine Prüfung dieser Fragen eintreten möge, so würde ich wohl dafür stimmen, allerdings in der Erwartung, daß das Resultat ein negatives sein werde. Wir müssen die staatliche Grund- und Gebäudesteuer streng scheiden von der kommunalsteuerlichen. Ich will damit nicht sagen, daß unsere kommunalsteuerliche nicht reformbedürftig wäre, aber für die vorliegende Verhandlung muß diese Auscheidung streng durchgeführt werden. Die Grund- und Gebäudesteuer ist das Produkt einer historischen Entwicklung von Jahrhunderten, sie hat sich zusammengesetzt aus verschiedenen Grundbelastungen, welche durch unsere Grundbesitzgesetzgebung in eine einheitliche Form gebracht und gerechert verteilt wurden. Wenn wir jetzt die Grundsteuer neu einführen wollten neben der Einkommensteuer, so würde das eine Doppelbesteuerung sein. Es geht aber wohl niemanden im Herzogtum, der nicht jene Grundsteuer mit den Zinsen der früheren oder jetzigen Grundsteuer abnehmen hätte. Dann aber bedeutet die Grundsteuer keine Doppelbesteuerung. Wenn jemand ein Grundstück kauft, oder in der Erbschaft übernimmt, so weiß er, daß die Grund- und Gebäudesteuer auf dem Grundstück ruht. Bei Erbschaften wird ganz regelmäßig in der Weise verfahren, daß der gänzige Kaufvertrag festgesetzt und kapitalisiert wird, ebenfalls kapitalisiert. Von kapitalisierten Kaufverträgen werden die kapitalisierten Zinsen abgezogen, so daß der Uebernehmer des Grundstücks nur den Teil der Zinsen hat, der bei der Uebernahme des Grundstücks aus dem Grundstück zum Eigentum gekommen ist. Er empfängt also einen Teil des Grundbesitzes ohne irgend welche Gegenleistung, und zwar ein Kapital, dessen Verfall er führt, um die Miete an den Staat abzuführen. Aber ein Grundstück kauft, muß, wenn er richtig handeln will, genau so rechnen, sonst kauft er zu teuer, wofür er doch nur allein verantwortlich sein kann. Wer nun ein Grundstück kauft, zahlt als Miete aus der Verrentung des ihm uneingeschränkt überlassenen Teils des Grundbesitzes der Grundsteuer, aus dem bezahlten Teil erzielt er das ihm zukommende Einkommen und hierfür zahlt er die Einkommensteuer, wie jeder andere, welcher Einkommen hat. Ich kann deshalb nicht anerkennen, daß eine Doppelbesteuerung vorliegt. Würde man die Grund- und Gebäudesteuer jetzt aufheben, so würde man einfach dem jetzigen Eigentümer ein einmaliges Kapitalgeschäft machen. Herr Meyer unterscheidet ferner nicht genug zwischen Realsteuern und Personalsteuern. Die Realsteuern liegen auf Grund und Boden als solche, unabhängig von der Person des Eigentümers; nur aber der letztere, nicht der Grund und Boden kann Schulden haben und so ist für die Realsteuer die Verpfändung des Eigentümers ganz gleichgültig. Der Staat nimmt von seinem Territorium die Realsteuern, von den Menschen auf dem Territorium die Personalsteuern. Es fehlt uns außerdem jegliches Material, um prüfen zu können, ob die Wege, die Meyer vorschlägt, überhaupt gangbar sind. Selbst wenn ich auf dem Boden Meyers stünde, würde ich dem Antrage desselben doch nicht zustimmen. Aber auch der andere Antrag der Minderheit geht mir zu weit. Denn ich weiß nicht, wie wir mit der Einführung einer das gesamte Volkvermögen treffenden, prozentual gleichmäßigen Vermögenssteuer fahren würden. Wir haben nicht, wie der Abg. Meyer ganz richtig sagt, so viele und nicht in dem Maße reiche Leute, wie sie in Preußen vorhanden sind, und das fällt bei der prozentual gleichmäßigen Verteilung schon ins Gewicht. Es ist noch bedenklich, mit welchem Antrag zu kommen, erst wollen wir mal abwarten, wie Preußen mit seiner Steuerreformgehung fahren wird. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen und damit den des Abg. Meyer abzulehnen.

Abg. Jürgens: Schon lange drängt es im Herzogtum dahin, eine Reform unserer direkten staatlichen Besteuerung vorzunehmen und die Doppelbesteuerung abzuschaffen. Ich siehe mehr auf dem Boden des Antrages der Minderheit Schröder und Walbroth, so wie aber der Abg. Meyer seinen Antrag jetzt modifiziert hat, bin ich auch für diesen Antrag; wenn derselbe abgelehnt werden sollte, so stimme ich für den Antrag der Minderheit Schröder und Walbroth. **Abg. Weber:** Wenn man sich auf den Boden des Antrages des Abg. Meyer stellt, so umgibt man sich leicht mit einem rationalen Nimbus, weil derselbe mit der alten Besteuerungsform aufzuräumen will. Ich von meinem Standpunkt her habe das Radikale

nicht. Wenn aber die Verhältnisse sich ändern, wenn die Harmonie gestört wird, die Disharmonie an ihre Stelle tritt, so darf man nicht zögern, energisch vorzugehen. Und diese Disharmonie erkünde ich darin, daß die Ertragssteuern des Grund und Bodens in keinem Verhältnis mehr stehen zu der fortschreitenden Steuerbelastung. Die überflüssigen Landwirte vertreten deshalb auch den Meyerschen Standpunkt. Der Abg. Jaspers hat ausgeführt, daß die Grund- und Gebäudesteuer schon eine alte Last sei, die beim Kaufen etc. schon berücksichtigt wurde. Ja, aber es sind neue Lasten hinzugekommen durch die sozialpolitische Gesetzgebung, und da muß man daran denken, alte Lasten, die sich überlebt haben, aufzuheben. Wenn ich als Landwirt diesen Standpunkt vertritt, so beurteile ich die Sachlage doch immer objektiv. Ich werde für den Antrag Meyer stimmen, in welcher Form er auch zur Abstimmung kommt.

Abg. Schröder: Nachdem der Nachbarrat Preußen mit der Steuerreformgehung vorgegangen ist, ist es auch für die anderen Staaten an der Zeit, in eine Prüfung der Frage einzutreten. Ich habe aber den Antrag Meyer für allzu bestimmt. Wir haben gerade nicht über Steuerdruck zu klagen, ich bin aber nicht desto weniger der Meinung, daß betreffs unserer direkten staatlichen Besteuerung eine Prüfung nach der Richtung notwendig ist, ob das bisherige Genossene auch noch in unsere Zeit paßt und der alte Grundbesitz noch aufrechterhalten werden kann. Im zweiten Teil seines Antrages hat Herr Meyer die Möglichkeit offen gelassen, die Kapitalrente, sowie das in Handel und Gewerbe und Schiffahrt angelegte Vermögen mehr heranzuziehen. Gerade dies war es, was uns, die Minderheit (Schröder und Walbroth), veranlaßte, einen anderen, weniger weitgehenden Antrag zu stellen. Wenn eine Doppelbesteuerung des Einkommens aus dem Grundbesitz anerkannt wird, so ist es aber doch nicht richtig, eine andere Berufsstufe zu belasten. Deshalb lagen wir in unserernt Antrag: eine Reform unserer gegenwärtigen direkten staatlichen Besteuerung wenn möglich im Sinne der neueren preussischen Gesetzgebung etc. in Aussicht zu nehmen. Im Einverständnis mit dem Abg. Walbroth will ich übrigens an unserem Antrage noch die Milderung vornehmen, daß am Schlusse desselben gesagt wird: wenn irgend möglich dem nächsten ordentlichen Landtage eine entsprechende Gesetzesvorlage zu machen.

Abg. Jürgens: Ich will hier nicht von unparteiischen, uneigennütigen Standpunkt ausprechen. Politik treibe ich nicht, ich gebe nicht einmal den „Rund der Landwirte“ an. Ich würde, wenn ich Mitglied des hohen Reichstages wäre, im allgemeinen auch dem russischen Handelsvertrag zustimmen (Heiterkeit), ich bin auch kein Antisemit, meine Herren (Heiterkeit), sondern ein Neutraler, eine Art Wilder. Von diesem Standpunkt aus will ich meine Ansicht ausprechen. In unserem ganzen Besteuerungswesen muß Thatsache die ganze Steuer von dem Grundbesitz getragen werden (Widerpruch). Das ist Thatsache, und ich halte die Grund- und Gebäudesteuer für ein Anhängsel aus alter Zeit, welches beibehalten werden muß. Wenn Herr Jaspers hervorhebt, daß die Grundsteuer eine Belastung schon beim Ankauf in Anrechnung kommt, so ist demgegenüber darauf zu verweisen, daß, wie bei Erbschaften, auch noch andere Fälle in Frage kommen, daß das Grundbesitz zu einer Zeit übernommen wurde, wo die Belastung noch nicht so groß war. Ich weiß es selbst am besten, um wie viel der Grundbesitz jetzt mehr belastet ist als früher. Das Zweifelhafte ist in dieser Beziehung besonders schlecht ausgefallen. Das persönliche Rechtsgesetz sagt mir, daß der Grundbesitzer dem Kapitalisten gegenüber vorbelastet ist. Abfälle muß hier in jedem Falle eintreten.

Abg. Quatmann sieht aus, daß es in früheren Zeiten begründet gewesen sei, wenn man den Grundbesitz besteuere, auch der Gedanke der Einführung der Einkommensteuer sei früher richtig gewesen, aber da hätte man sich bei Einführung dieser Steuer doch fragen sollen, daß der Grundbesitzer seine Steuer bereits aus dem Einkommen aus Grund- und Hausbesitz bezahlt. Ich kann mir gar nicht denken, wie man dazu gekommen, das Einkommen aus Grundbesitz nochmals zu besteuern. Die Verhältnisse auf den Kauf stellen hier, es, wenn man fragen wollte, daß sei keine Doppelbesteuerung. Das Unrecht, das man einst begangen, muß gelöscht werden, und der Landwirt wird sich wohl fühlen, wenn Sie ihm die Grund- und Gebäudesteuer abnehmen. Ich kenne in Preußen Befreiungen, wobei ihm Grundbesitz in gleicher Weise so viel Markt an Steuern bezahle, als ich als Bauer. Die Landwirte werden sich die Doppelbelastung aber nicht länger gefallen lassen. Wenn der Finanzminister Wiquel zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß es nicht richtig ist, den Grundbesitz doppelt zu besteuern, so werden wir in Oldenburg wohl ebenfalls an eine Aufhebung der Doppelbesteuerung des Einkommens aus dem Grundbesitz herantreten können.

Finanzminister Seemann: Ich bedaure, daß ich nicht schon im Finanzgesetz Gelegenheit gehabt habe, die Bedenken darzulegen, welche der Annahme des Antrages Meyer entgegenstehen. Auf die materielle Seite will ich nicht eingehen. Ich bitte, beide Anträge, sowohl den des Abg. Meyer als auch den der Minderheit Schröder und Walbroth abzulehnen. Sie greifen damit zu gestörten in unser ganzes Staatssystem ein, Sie geben damit der Staatsregierung eine direkte Marschroute, ohne essen zu können, wieviel Schwierigkeiten dem entgegenstehen. Beide Anträge sind bedenklich, sie gehen beide zu weit. Nicht nur hier, auch in Virensfeld und Lubek mußte, wenn dem Antrag Meyer entsprochen werden sollte, die Grund- und Gebäudesteuer aufgehoben werden, und das würde der eingeschlossenen Prüfung bedürfen, die zur Zeit gar nicht möglich ist. Die neue preussische Steuerreformgehung soll erst mit April 1895 in Wirksamkeit treten, wie werden also noch gar keine Erfahrungen darin, und wenn die Steuerreform sich auch in Preußen bewähren sollte, so ist es doch noch nicht gesagt, daß sie sich auch für uns empfiehlt. In dem Bericht ist angegeben, daß das steuerbare Nettovermögen im Herzogtum auf 1100 Millionen Mark geschätzt werden konnte (das Volkvermögen im Herzogtum betrug nach Kollmann 1186 Millionen Mark) und daß dieses steuerbare Nettovermögen, mit einer Vermögenssteuer belastet, ein Ertragsnis von 1 Million bringen würde. Ich kann aber versichern, daß das steuerbare Vermögen nur eine solche Summe beträgt, daß nur ein Steuer-Ertragsnis von 250,000 bis 275,000 M. bei einer Reform nach preussischem Muster erzielen würden. Ich will die Schwierigkeiten hier nicht weiter erörtern. Ich erlaube Sie, wenn Sie eine Reform antreiben wollen, der Regierung nicht gleich eine so bestimmte Marschroute zu geben, sondern derselben Ihre Wünsche zur geeigneten Berücksichtigung und Prüfung zu übermitteln. Ich kann Sie versichern, daß ich dann die Angelegenheit prüfen und dem nächsten Landtage eine entsprechende Gesetzesvorlage machen und — wenn dies nicht geschieht — so die Gründe angeben werde, weshalb den Wünschen nicht entgegengekommen werden kann. Regierung wie Landtag wollen doch beide nur das Wohl des Landes. Begehen Sie keine Ueberstürzung, eine solche konnte sich leicht schwer rächen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. **Abg. Plogge:** Für mich ist es wichtiger, daß die kommunalbesteuerung in andere Wege geleitet wird, dadurch würde der

Landwirtschaft auch schon gehoben. Da sind Gemeinden, die 160 Prozent Armensteuer, 187 Prozent Schulsteuer etc. zu zahlen haben, — das sind Abgaben, welche die Gemeinden auf die Dauer nicht tragen können. Hier muß dringender Wandel geschaffen und in irgend einer Weise Milderung in der Besteuerung der ländlichen Gemeinden herbeigeführt werden. Zu einem Schluß müssen wir kommen, wie auch der Antrag lautet mag.

Abg. Walbroth bekräftigt, daß er, im Einverständnis mit dem Abg. Schröder, gern eine Abänderung des Antrages vornehmen wolle, indem die Worte „wenn irgend möglich“ an der schon genannten Stelle eingeschaltet werden.

Abg. Jaspers: Der Abg. Weber hat einen leichten Versuch gemacht, mich zu widerlegen, indem er die durch die sozialpolitische Gesetzgebung geschaffenen vermehrten Lasten der Landwirte in's Feld führte. Das ist aber garnicht zutreffend. (Abg. Weber: Beneiden!) Der Beweis liegt darin, daß die Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht allein die Landwirte zu tragen haben, sondern daß dieselben allen Ständen auferlegt sind. Wenn man sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Jürgens und giebt, auch auf die Milderung des Abg. Quatmann hinweisen, zu, daß dieser sich wohl fühlen würde, wenn er keine Grundsteuer zu bezahlen brauche. Ueber die Sache selbst herrscht heute noch garnicht genügend Klarheit, die Anträge sind schon während der Verhandlung verschiedentlich abgeändert worden. Eine gründliche Prüfung der Frage ist notwendig, das erkenne ich an, und wenn an eine Reform heranzugehen werden soll, so bin ich dafür, daß dann auch die direkte kommunale Besteuerung mit einbezogen wird. Ich stelle deshalb folgenden Antrag:

Der Landtag wolle die Regierung ersuchen, eine Prüfung der Frage einzutreten zu lassen, ob und in welcher Weise eine Reform der direkten staatlichen und direkten kommunalen Besteuerung möglich ist, und dem nächsten Landtage das Resultat dieser Prüfung mitzuteilen, eventuell eine entsprechende Vorlage zu machen.

Ich bitte, diesen meinen Antrag zum Beschluß zu erheben; mit den übrigen Anträgen geben wir der Regierung eine Marschroute, welche dieselbe nicht gehen kann.

Abg. Weber stellt den Ausführungen des Abg. Jaspers gegenüber in Bezug auf die Tragung der durch die sozialpolitische Gesetzgebung hervorgerufenen Kosten als Thatsache hin, daß der Landwirt die ganzen Kosten der sozialpolitischen Gesetzgebung allein trage (Heiterkeit und Widerspruch) und daß er an kaufmännischen und kapitalistischen Kreisen gegenüber ganz besonders belastet sei.

Abg. Quatmann repliziert kurz auf einige Aeußerungen des Abg. Jaspers. Wenn ich gesagt habe, daß der Landwirt sich wohl befinden würde, wenn er keine Grundsteuer zu zahlen, nicht diese Doppelbesteuerung zu tragen hätte, so halte ich das aufrecht. Das Gegenteil von wozu ich unwillig, und der Landwirt befindet sich bei der gegenwärtigen Steuergehung wirklich unwillig! (Heiterkeit.)

Abg. Jürgens betont ebenfalls die Notwendigkeit einer Neubearbeitung unserer Besteuerung. Der Antrag Jaspers ist mir zu regierungsfreundlich und deshalb bin ich nicht dafür. Ich werde für den Antrag Meyer oder den Antrag der Minderheit (Schröder und Walbroth) stimmen. Es kann heute leicht ein Beschluß zu stande kommen, der nicht zum Segen des Landes ist, und deshalb beantrage ich Vertagung der Beratung und Zurückverweisung sämtlicher Anträge an den Finanzausschuß zur nochmaligen Beratung.

Finanzminister Seemann weist nochmals darauf hin, welche zerstörende Wirkung ein Verfahren, wie es der Antrag Meyer will, auf das Finanzwesen des Großherzogtums ausüben würde. Die Regierung steht dem Ganzen objektiv gegenüber. Ich freue mich, hier die verschiedenen Ansichten über diese Angelegenheit gehört zu haben und bin einer Prüfung derselben gern geneigt.

Der Antrag Jürgens, sämtliche Anträge an den Finanzausschuß zurückzuverweisen, wird abgelehnt.

Abg. Wifsen: Der Antrag Meyer ist für mich nicht annehmbar, weil er auf der einen Seite die Doppelbesteuerung beiseitigt und auf der anderen wieder einführen will.

Abg. Jürgens: Wenn ich noch einmal das Wort nehme, so geschieht dies, um dem Abg. Jaspers seine Freude darüber, daß die von ihm entwickelte Theorie: „Die Grundsteuer sei überhaupt keine Steuer, sondern eine dingliche Last“, von keiner Seite habe widerlegt werden können, in etwas zu verdeben, und zwar nicht aus der Theorie, sondern aus der Praxis. In meiner eigenen Heimat sind in den letzten Jahren größere Flächen bisher unfruchtbarer Boden urbar gemacht und ist es den Besitzern solchen Bodens zum großen Teil gelungen, durch ihre Intelligenz und durch ihre Arbeit unter Aufwendung bedeutender Mittel hohe Erträge zu erzielen und ihr Einkommen so zu vergrößern. Daß sie nun von diesem erhöhten Einkommen auch höhere Steuern zahlen müssen, ist richtig und gerecht. Nun werden aber solche Grundstücke baldigst um das Vielfache des Ueberschusses in der Grundsteuer erhöht, weil der Boden in Folge der Urmarmachung eine höhere Klasse erhält. Meine Herren, ist dies denn nun keine Doppelbesteuerung? Der Landwirt muß von dem durch seine Mühe erzielten Ertrage erst das Mehr der Grundsteuer und dann noch die Einkommensteuer zahlen, ein Verfahren, welches geeignet ist, jedem Besitzer von unfruchtlichem Boden die Lust zum Kultivieren zu benehmen. Meine Herren, ich bin der Meinung, daß diese Abgabe einen sehr feuerlichen Charakter hat und wenn es dem Herrn Abg. Jaspers gelingt, den Gegenbeweis zu führen, will ich ihn glauben.

Nachdem noch der Abg. Jürgens kurz zur Sache gesprochen, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt und angenommen.

Abg. Meyer weist in seinem Schlusswort als Berichterstatter darauf hin, daß er zwar die Mehrheit des Ausschusses der Regierung keine zwingende Veranlassung habe geben wollen, um sofort eine totale Veränderung des Steuerwesens vorzunehmen, daß er vielmehr nur eine Anregung zur Reform der direkten staatlichen Besteuerung habe geben wollen. Weiter bittet, namentlich seinen Antrage mit der von ihm (Meyer) vorgenommenen Abänderung zuzustimmen zu wollen.

Es wird namentliche Abstimmung beantragt über den Antrag Jaspers und über den Antrag der Minderheit Schröder und Walbroth mit der von denselben beantragten Keinen Abänderung; „wenn irgend möglich“.

Der Antrag Jaspers wird mit 21 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Minderheit (Schröder und Walbroth) mit der von den Antragstellern selbst vorgenommenen Abänderung mit 21 gegen 8 Stimmen angenommen. Dieser Antrag lautet jetzt:

Der Landtag wolle — unter Ablehnung des selbständigen Antrages des Abg. Meyer hinsichtlich der seitens der Mehrheit empfohlenen Fassung — die Großh. Staats-

regierung ersuchen, eine Reform unserer gegenwärtigen direkten staatlichen Besteuerung, wenn möglich im Sinne der neueren preussischen Gesetzgebung, unter Einführung einer das gesamte Volkvermögen treffenden, prozentual gleichmäßigen Vermögenssteuer in Aussicht zu nehmen und, wenn irgend möglich, dem nächsten ordentlichen Landtage eine diesbezügliche Gesetzesvorlage zu machen.

Durch die Annahme dieses Antrages ist der ursprüngliche Antrag Meyer beseitigt.

Es folgt die Beratung einer Petition der Eingekessenen der Bürgermeisterei Niederrombach, betreffend Unterstützung zur **Linderung des Notstandes in der Landwirtschaft.**

Abg. Heintz weist darauf hin, daß ihm die Sprache, welche die Petenten führen, sehr unympathisch sei. Der Ausschuss beantragte jedoch, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung bringen zu empfehlen.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen. Zum Schluß kommt die Interpellation des Abg. Bur-lage und Genossen, betreffend die Petitionen von Cloppenburgern und Sönnigen wegen

Abänderung des Jagdgesetzes.

zur Verhandlung. Abg. **Burlage** begründet die Interpellation und weist auf die Notwendigkeit der Abänderung des Jagdgesetzes, welches sich nicht bewährt und zur Unzufriedenheit und zu Unzulänglichkeiten geführt habe, hin.

Reg.-Kommissar Oberreg.-Rat **Zugend** verliest in Beantwortung der Interpellation folgende Erklärung:

Die Petitionen, welche der Staatsregierung zur Prüfung überreicht waren, sind den Großherzoglichen Kämtern und den Stadtmagistraten der Städte I. Klasse, sowie dem Oberförstmeister mitgeteilt mit dem Auftrage, darüber zu berichten, ob ein Bedürfnis hervorgetreten sei, das Jagdgesetz wie in den Petitionen beantragt, zu ändern. Die Petitionen betreffen insbesondere die Festsetzung eines einheitlichen Anfangstermins für die Hühner- und Hahnenjagd. Die überwiegende Mehrzahl der Großherzoglichen Kämter und der Oberförstmeister haben das Bedürfnis zu der beantragten Abänderung des Jagdgesetzes verneint und hervorgehoben, daß unsere neueren Schonzeitvorschriften sich in der Praxis bewährt haben. Im Uebereinstimmung mit dieser Auffassung hat die Staatsregierung von einer Abänderung des Jagdgesetzes, wie solche in den Petitionen befristet wird, Abstand genommen. (Beifall.)

Die Sitzung wird darauf geschlossen. Nächste Sitzung: morgen, Dienstag, vormittags 10 Uhr.

Die Tagesordnung für die nächste Sitzung ist im Hauptblatt unter „Aus dem Großherzogtum“ abgedruckt.

Elisabeth von Ungnad.

Historischer Roman aus Oldenburgs Vergangenheit von Mathilde Raven.

(18) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Die kurze Zeit, in welcher Anton Günther still auf Elisabeths Einfließen wartete, hatte genügt, seine leidenschaftliche Erregung zu beruhigen. Die Gedanken, die ihm auf dem Wege hierher befaßigt hatten und die von dem Zustande Elisabeths zurückgedrängt waren, trafen wieder hervor. Er mußte den Zweck ins Auge fassen, der ihn hierher geführt hatte.

Als er sein Kind, das treue Ebenbild Elisabeths, im Arme hielt, überkam ihn ein Gefühl des Schmerzes, daß es ihm nicht vergönnt sein sollte wie jedem andern, des einfachen Familienglücks, der Freude an Weib und Kind zu genießen. Aber er mußte sich fügen in das nicht zu Verdenkliche. Er mußte Maßregeln treffen, daß sein Geheimnis auch fernher den Augen der Welt verborgen blieb. Es handelte sich nur um möglichste Schonung für sein armes junges Weib.

„Sie haben sich meines Kindes beim Eintritt in die Welt so freundlich angenommen,“ sagte er zu Frau von Röderitz, die neben ihm stand, um ihm die ungewohnte Last wieder abzunehmen, sobald er derselben müde würde. „Könnten Sie sich nicht entschließen, auch für die Folgezeit Mutterstelle an demselben zu vertreten?“

Frau von Röderitz stutzte und antwortete nicht.

„Der Krieg hat so viele Kinder gleich nach der Geburt zu Waisen gemacht,“ fuhr Anton Günther fort, „es würde gewiß nicht auffallend erscheinen, wenn Sie sich eines solchen verlassenen Geschöpfes angenommen hätten. Herr v. Röderitz und Sie, Madame, würden zeitweilig meines wärmsten Dankes und meiner Gnade gewiß sein.“

Sie verneigte sich nur mit verlegenen Blicken.

„Erlaucht — ich weiß nicht — die Mutter selbst müßte doch erst —“

„Ich darf Ihnen das Geheimnis nicht entschleiern, das die Mutter des Kindes umgibt,“ fuhr der Graf von Oldenburg fort, „so viel aber muß ich Ihnen sagen: Die Dame darf nicht hier bleiben. Sobald sie ins Land ist, zu reisen, muß sie nach Holland gehen, dort erst ist sie vor ihren Verfolgern sicher. Und daß auf der Flucht das Kind ihr ein Hindernis sein würde, zumal im Winter, brauche ich wohl kaum zu erwähnen. Deshalb —“

„Das Kind soll der armen jungen Mutter genommen werden?“ unterbrach ihn die Dame erschrocken. „Die Trennung wird ihr das Herz zerreißen.“

„Das fürchte ich auch,“ entgegnete der Graf mit einem tiefen Seufzer. „Und doch sehe ich kein Mittel, der Notwendigkeit auszuweichen.“

„Die Arme!“ beharrte Frau von Röderitz. „Das Kind

zurücklassen, in fremden Händen! Das ist ja schlimmer, als wenn es gestorben wäre.“

Der Graf blinnte auf, ein Gedanke durchzuckte ihn.

„Sie hat das Kind kaum gesehen, sie kann es noch nicht lieben, der Schmerz wird nicht tief sein. Sagen Sie ihr, das Kind sei gleich nach der Geburt gestorben.“

Frau von Röderitz trat einen Schritt zurück, der Atem verlagte ihr. Unwillkürlich drückte sie das Kind an sich, das sie auf den Armen hielt.

„Es ist hart,“ sagte der Graf nach einer Pause, ihren Blick vermeidend, „aber das andere würde noch härter sein. Es ist ein Kummer für wenige Stunden, wenn sie glaubt, das Kind sei sofort gestorben; es ist ein nagenbendes Herzeleid, wenn sie, nachdem sie es lieben gelernt hat, das Kind zurücklassen muß auf der Flucht. Denn da, wohin sie geht, darf man von der Existenz desselben nichts wissen. Behalten Sie das Kind hier, ich werde die alte Wanda instruieren. Ich danke Ihnen, Frau von Röderitz, daß Sie mir diesen Gedanken eingegeben haben, er löst alle Schwierigkeiten. Nicht wahr, Sie willigen ein, Mutterstelle an meinem Kinde zu vertreten?“

„Es hängt nicht von mir allein ab,“ sagte sie zögernd, „wenn mein Gemahl es erlaubt —“

„Für die Erlaubnis lassen Sie mich sorgen,“ war die kurze Antwort des Grafen. „Sodanals verlasse ich mich darauf, daß Sie der Mutter des Kindes gegenüber streng das Geheimnis bewahren.“

Er ging auf die Thür zu. Sie folgte ihm hastig. „Gräfin! Gnaden müssen aber selbst übernehmen, es der armen jungen Frau zu sagen,“ sagte sie. „Ich wäre nicht imstande, es über die Lippen zu bringen. Und es darf in den ersten Tagen noch nicht geschehen, sie könnte den Tod davon haben.“

Er nickte nur stumm. Er that es mit schwerem Herzen, aber es mußte doch sein, nach seiner Ansicht. Elisabeth konnte nicht hier bleiben und sie konnte das Kind nicht mit nach Oldenburg nehmen. Nicht allein, daß die Trennung ihr mehr Kummer verursachen mußte als der Glaube an den Tod des Kindes, war er auch auf diese Weise davor gesichert, daß sie das Geheimnis verrät. Kaufen bessere Zeiten, konnte er ihr das Kind zurückgeben, so genös sie die Freude rein, ohne vorhergegangene Leiden. Es war wirklich so am besten.

Die alte Wanda war viel schwerer als Frau von Röderitz davon zu überzeugen, daß es eine Notwendigkeit sei, Elisabeth das Kind zu nehmen. Aber sie wagte nicht, dem bestimmten Befehl des „Herrn“ zu widersprechen. Sie mußte ihm schweigen, daß sie niemals Elisabeth den Betrug verraten wolle, und er drohte ihr mit seinem Horn und der härtesten Strafe, wenn sie jemals den Eid brechen würde.

Das Schicksal blieb aber noch zu thun, und trotzdem sich der Graf von Oldenburg einklee, daß es durchaus notwendig sei, verschob er doch von einem Tag zum andern, der jungen Mutter zu sagen, daß ihr Kind gestorben sei.

Wenn er zu ihr kam und ihn die schönen Augen mit schwachem, aber glückseligem Lächeln begrüßten, wenn sie mit so innigem Tone fragte: „Dast Du unser Kind bejuchst? Schläfst es denn immer, wenn ich wache? Darf ich es nicht bald sehen?“ so sank ihm der Mut und er sagte jedesmal mit einem, nur ihm verständlichen Doppelsinn: „Morgen, mein süßes Herz! Du bist noch zu schwach, die Umarme würde Dir schaden.“

In den ersten Tagen ergab sich Elisabeth ohne Widerrede in diesen Ansprüchen, aber je mehr ihre Schwäche abnahm, desto mehr stieg ihre Sehnsucht, das Kind zu sehen, und ihre Verwunderung, daß es ihr immer noch fern gehalten wurde, steigerte sich bald zur Wehmut.

„Wanda,“ sagte sie endlich, als sie mit der alten Dienerin allein war, „bin ich denn wirklich so krank? Es würde mir gewiß nicht schaden, wenn ich meinen Sohn nur einmal küssen, nur einmal sehen dürfte, ob er Anton Günther ähnlich sieht. Hilf mir doch den Grafen bitten, daß er es erlaubt. Was ist Dir, Wanda? Du weinst? Ist mein Sohn — Was ist mit meinem Kinde? — Ist es krank? O, mein Gott, Wanda, mein Sohn ist doch nicht tot?“

Unfähig, sich zu beherrsigen, brach die alte Wöhm in frampfhaftes Schluchzen aus.

„Nein, nein,“ rief sie, „er lebt, gewiß, er lebt!“ Elisabeth sah sie starr an mit den großen dunkeln Augen.

„Du betrügst mich, Wanda! Mein Sohn ist tot, Deine Thränen haben es verraten.“

„Nein, nein, ich kann Dich nicht betrügen!“ rief die treue Dienerin. „Dein Kind ist nicht tot, glaube es nicht, Libussa, es lebt!“

„Wanda!“ unterbrach sie die strenge Stimme des Grafen von Oldenburg. „Geh, laß uns allein!“ herrschte er.

Sie schlich ätternnd hinaus, und Anton Günther trat an das Lager seiner Gattin, die Zimmernde fest und liebevoll in seine Arme schließend.

„Mein süßes Weib, mein Herz, mein Taube!“ flüsterte er zärtlich, mit Thränen in den Augen. „Sei ruhig, ergiebt Dich in das Unabänderliche. Es hat nicht sein sollen, es war zu viel des Glücks für uns. Wir müssen uns genügen lassen an unserer Liebe. Vielleicht giebt uns Gott später Ersatz für das, was wir jetzt entbehren müssen.“

„Es war mir zumeist um Deinetwillen!“ entgegnete die arme junge Mutter weinend. „Ich hatte mich so geireut,

daß ich Dir einen Erben gebracht hatte! Es ist eine so bittere Enttäuschung für Dich. Wirst Du mich auch jetzt noch lieb behalten?“

„Immer! So lange mein Herz schlägt!“ beteuerte er aus voller Seele. „Weine nicht, mein einziges Weib! Es ist eine Fügung, und vielleicht, ja gewiß, es ist gut so für Dich und für mich.“

„Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen!“ sagte sie mit frommer Ergebung.

Aber Anton Günther mußte sich abwenden, um den tiefen Schmerz in dem blauen, jungen Gesicht nicht zu sehen.

Die Unglücksnachricht hielt ihre Gerechtigkeit auf, aber endlich siegte doch ihre Jugendkraft. Sie war bald imstande, das Bett zu verlassen, und der Graf, dessen Anwesenheit in Oldenburg dringender notwendig wurde, durfte an die Abreise denken, ohne befürchten zu müssen, daß sie einen Rückfall erleiden werde, wenn er sie verließ.

„Du darfst nicht weinen,“ sagte er beim Abschiede, „Du mußt fröhlich sein und Dich von Wanda und Frau von Röderitz hüteln und pflegen lassen wie ein gutes Kind, damit Du bald gesund wirst und mir nach Oldenburg folgen kannst. So Gott will, ich werde die Anfang März die Kutsche nach Detern, um Dich abzuholen. Meine Dir nur zum Zeitvertreib aus, was Du erzählen willst von der Hochzeit Deiner Schwester und von allem, was Du auf Deiner Reise nach Ostfriesland erlebt hast.“

„Du bist ein böser Mann!“ sagte die junge Frau, unter Thränen lächelnd. „Ich lerne nichts Gutes von Dir, ich muß heucheln und lügen und betrügen. Aber nicht lange mehr, nicht wahr, Anton Günther?“

„Keinen Augenblick länger, als es die Umstände gebietetich verlangen,“ beteuerte er mit einem schweren Seufzer.

(Fortsetzung folgt.)

Standesamtliche Nachrichten

der in der Zeit vom 25. Februar bis 3. März d. J. auf dem Standesamt der Stadt- und Landgemeinde Oldenburg eingetragen

Gefchließungen, Geburten und Sterbefälle.

I. Gefchließungen. (Nachdruck verboten.)

A. Stadt: Antsrichter Wilhelm Grundmann zu Freiheit und Johanne Olfen; Arbeiter Gustav Büning und Wilhelmine Bruhn.

B. Landgemeinde: Arbeiter Georg Helmers und Witwe

Margarethe Böcher, geb. Widdendorf, zu Sfenefeld.

II. Geburten.

A. Stadt: Sohn des Wäders Diers; desgl. des Lokomotivführergehilfen Galt; desgl. des Maurers von Höfen; desgl. des Gastwirts von Seggern; desgl. des Formers Ahlers. — Tochter des Eisenbahnmanngemeisters Bode; desgl. des Weidenwärters Wübbenhorst; desgl. des Fabrikdirektors Ziegler (Zwillinge); desgl. des Malers Haveloff; desgl. des Wirts Stalling; desgl. des Kaufmanns Böger; desgl. des Wirts Bartholomäus; desgl. des Hobelstins Füllsche; desgl. des Eisenbahnarbeiters Dipper; desgl. des Eisenbahnklosters Jiden (Zwillinge); desgl. des Schlossers Gloyfien.

B. Landgemeinde: Sohn des Arbeiters Bolles zu Jpwegemoor; desgl. des Arbeiters Windmüller zu Gverfen; desgl. des Landmanns Weijge zu Eghorn; desgl. des Arbeiters Krüger zu Bloherfeld. — Tochter des Malers Suhr zu Gverfen; desgl. des Arbeiters Hovelmeier zu Wahnfeld; desgl. des Schneiders Jehrdekmann zu Wadorst; desgl. des Nachtwächters Jagusch zu Ohmtebe; desgl. des Arbeiters Hobbje zu Wadorst.

III. Sterbefälle.

A. Stadt: Schreiber Wilhelm Arnold August Kruse, 37 J.; Rentnerin Johanne Margarethe Caroline Etemten, 69 J.; Witwe Jette Hermine Mathilde Schröder, geb. Herthof, 62 J.; August Friedrich Dietrich Martin Juhlen, 10 M.; Musketier Heinrich Gerhard Rümme, 22 J.; Ghefrau Bernadine Gertrude Voltes, geb. Lüers, 49 J.; Otto Johann Schmitt, 3 J.; Emil Christian Citing, 2 J.; Heinrich Johann August Gerdes, 12 J.; Witwe Rosa von der Moor, geb. Gismann, 58 J.; Johannes Julius Ludwig Heyke, 14 Stunden; Jenni Helene Sophie Techt, 2 M.

B. Landgemeinde: Witwe Geilke Hillena Götting, geb. Hilbers, zu Groß-Bornhorst, 58 J.; Gerhard Dietrich Hermann Schütte zu Gverfen, 2 J.; Anna Helene Harns zu Ohmtebe, 1 M.; Maurer Friedrich Ernst August Wöble zu Bloherfeld, 47 J.; Mathilde Catharine Harns zu Ohmtebe, 1 M.

Weitere Familiennachrichten.

Verlobt: Ida Borgele, Elsfleth, mit Friedrich Bremmen, Frankfurt a. M.; Ida Wulff, Brale, mit Herrn. Jansen, Emden. Geboren: (Sohn) Fr. zu Klampen, Brale; Apotheker Meyer, Neuentkirchen.

Gestorben: Wirt Joh. Hillen, Hanthausen, 39 J.; Robert Müdebusch, Humtlofen, 8 M. 21 J.; Roedim von der Marwitz, Altona, 7 J.; Elie Kübben, Wurtz bei Rodenkirchen; Helene Zohle, geb. Meiners, Toffenher-Altenbeich, 29 J.; Johanne Büning, geb. Büning, Dalseper, 54 J.

Standesamtliche Nachrichten

aus der Gemeinde Oldenburg vom 25. v. Mis. bis 3. d. Mis.

I. Gefchließungen.

Landmann Gerhard Dammann zu Zungen und Hausdchter Emma Jieze zu Oldenburg; Wäder Conrad Bruns zu Gverfen und Kätlerin Johanne Hoben zu Trielakemoor; Arbeiter Friedrich Schulz zu Twerelbete und Hausdchter Gessine Rühfmer dal.

II. Geburten.

Sohn des Postkutschers Kofsch zu Oldenburg. — Tochter des Rantoffelschreibers Aug. Weh dal.; desgl. des Arbeiters Joseph Steinhauer dal.; desgl. des Formers Leobert Tebben dal.; desgl. des Kutschers Gerhard Menke zu Kreyenbrüd.

III. Sterbefälle.

Rentner Claus Wülh, Jule zu Oldenburg, 76 J.; Sohn des Arbeiters Aug. Wöllering zu Trielakemoor, 4 M.; Hausdchter Elisabeth Ahrens zu Oldenburg, 21 J.

Anzeigen.

Rafte d. e. Weil. Herm. Fastje zu Delfshausen Besingung, Wohnhaus mit 1,4804 ha Garten- und Ackerland, wird zum **lehten Male** am

Freitag, den 9. März d. J., nachmittags 4 Uhr, in Niemann's Wirtschaft zu Rafte d. e. H. Hoes. zum Verkauf aufgelegt.

Bekanntmachung.

Die an der Haarenreichstraße zu Oldenburg belegenden sog. **Seminarweiden** sollen für die Zeit vom 1. Mai 1894/1900 anderweitig unter der Hand und zwar:

Flur II Parz. 11: 1,5565 ha als Wechsel-land im Grünen, Flur I Parz. 275/85: 2,7805 ha als Weiden-land, Flur I Parz. 84: 0,3139 ha und Flur I

Parz. 376/85: 0,5640 ha — 0,8779 ha als Acker- oder Gartenland, zusammen 5,2149 ha, verpachtet werden. Nachschiebhaber wollen ihre Gebote bis zum 24. März d. J. bei der Domainen-Inspektion abgeben.

Die Verpachtung kann im ganzen oder in einzelnen Abteilungen erfolgen. **Oldenburg, 1894 März 3. Domainen-Inspektion.** Fr. Bernh. Räder.

Gr. Bartie Seidenreste, schwarz und farbig, zu Blousen passend, sowie Seiden-Sammet und Blüsch-Reste in 50 verschiedenen Farben, verkaufe, um rasch zu räumen, zu Spottpreisen.

E. Katz,

Gaststraße 6. Gaststraße 6.

Sämtliche Baumschulartikel

Preisverzeichnisse kostenfrei. — empfiehlt in großer Auswahl — Preisverzeichnisse kostenfrei.
G. D. Böhlje, Westerstede.

Immobilienverkauf.
Hude. Joh. Friedr. Köfer zu Neuen-
hantorf hat mich beauftragt, seine
daselbst belegene

Befigung,
bestehend aus
**Wohnhaus, Scheune und ca.
8 ha Acker, Weide- und Gen-
länderen,**
mit Antritt zum 1. Mai 1895 zu verkaufen,
flächweise oder im ganzen.
Um mit Kaufinteressenten zu unterhandeln,
werde am
Sonnabend, den 10. März,
nachmittags 4 Uhr,
in Pöpten Wirtshaus zu Wile anwesend
sein.
G. Saverkamp.

Am
Montag, den 12. März d. J.,
vormittags 9 1/2 Uhr,
sollen verschiedene in der Nähe des Hauses
des Grundbesizers G. Siben zu Nord-
Edewitz belegene staatl. Moorflächen
an Ort und Stelle meistbietend verkauft
werden.
Mit Weiterzede, 1894, Febr. 24.
Dr. Meyer.

Osternburg. Empfehle mich zum
Anlegen und Instandhalten von Gärten
und Gräbern. Bouquets und Kränze
werden billig und geschmackvoll an-
gefertigt. Das Besondere der Obst-
bäume und Ziersträucher übernimmt
bei billiger Preisstellung
Grundner, Gärtner,
Harmoniestr. 5.

Zahn-Klinik von W. Bauer,
Hofenstraße 41.

Meinen **Dank,** dass Sie mir zu einem
besten, soich lohnend. Ge-
schäft verholfen haben. Ach, Anker mehr! Schon
mit 80 Mk. Capital gute **Existenz**
durch **Fabrikation** eines tägl.
lohn. Massen-
verbrauchs-Artikels möglich. Risiko aus-
geschlossen. Erfolge kleiner u. grösserer Fabriken
nachweisbar. Prospekt gratis: R. Fallnicht,
Hamburg 6.

Regenmäntel
in modernen hübschen Stoffen und Fagons,
sowie in allen Weiten — auch für Kon-
firmanden — empfing ich eben und empfehle
dieselben zu billiger gestelltem Preise.
Zwischenahn. G. Hohorst.

Fertige Konfirmandenanzüge
in jeder Größe — aus guten haltbaren Stoffen
gearbeitet — empfing ich sehr billig
Zwischenahn. G. Hohorst.

Meine Lieferanten wollen die Pflanz-
erbsen u. -bohnen nunmehr in Empfang
nehmen.
J. Bruns. Konfervenfabrik.

Die von mir fabricierten

Osnabrücker

mit der
gold. Medaille
prämiert
Tropfen!

Liefere ich bei Entnahme von mindestens
12 Glas à Gl. 50 Pf. frei Station geg. Nachn.
Wiederverkäufern entsprechend billiger.
Ludwig Gröne, Osnabrück.

Die am 1. April er. fälligen Cou-
pons unserer Pfandbriefe werden **bereits
vom 15. März cr.** ab an unserer Kasse
in Berlin und den bekannten Zahlstellen
eingelöst.

Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank.

Osternburger Schützen-Verein.

Das diesjährige
Schützenfest

wird am 10. und 11. Juni d. J. stattfinden. D. D.

Brauer-Akademie zu Worms.
Beginn des Sommer-Kurses am 1. Mai. Programm und Unterrichts-
plan zu erhalten durch die Direktion. Dr. Schneider.

Braunschweiger Pädagogium.
— Staatlich konfessionell. —
Real- u. Gymnasialabtlg. Vorbrg. f. alle Klassen, Naturum, Polytechnikum. Bes.
Kurse für Einführ.-Freiw. In der Realabtlg. Vorbrg. für techn. Schulen
u. prakt. Berufe (Post u.). Auf Wunsch Engl. u. Franz. Konvers. Eignes
Haus. Garten. Gute Lehrkräfte. Stete Aufsicht. Gute Pension. Programme u.
Empfehlen. gratis.
Braunschweig, Dammelsburgerstr. 10. Krüger, dipl. Gymnasiallehrer.

Kneipp'sche Heilanstalt.
Oldenburg i. Groth.
Badezeit von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr.

Schnelltrocknender Ofenglanz-Lack.
L. Fasch, Drogerie.
Zu verkaufen Buchsbaum.
Wiedermarktplatz 5.

Wohnungen.
Osternburg. Zu vermieten pr. 1. Mai
eine Wohnung. Radfahr. Sandstr. 36.

**Zu vermieten: Zum 1. Mai
d. J. 2aden mit Wohnung
im Hause Langestraße Nr. 70
durch**

W. Köhler, Grottorfstr. 16.

**Zu vermieten herrschaftliche
Wohnung im Dobbenviertel,
Boden u. Wohnung im Stadt-
innern pr. 1. Mai d. J.**

J. S. Schulte, Stauffstr. 21.

**Zu vermieten z. 1. Mai d. J. eine ge-
räumige, oben belegene Wohnung.
Radfahrstr. 101. J. S. W. Müller.**

Zu belegen und anzuleihen gesucht.

Zu belegen
auf sofort oder später gegen Hypothek
und 3 1/2 bis 4 % Zinsen 20,000 Mk., 11,000 Mk.,
8-10,000 Mk., 7-8,000 Mk., 6,000 Mk., 4,000 Mk.,
3,500 Mk., 3,300 Mk., 2-3,000 Mk.
S. Gaffelhorst, H. Kirchenstr. 9.

Anzuleihen gesucht
zum 1. Mai cr. gegen durchaus sichere
Hypothek und 4 % Zinsen 20,000 Mk., 12,000 Mk.
und 5,000 Mk. — Näheres durch
S. Gaffelhorst, H. Kirchenstr. 9.

Zu belegen
14,000 Mk. gegen 3 1/2 % Zinsen auf gute
Land-Hypothek, außerdem 24,000 Mk.,
20,000 Mk., 12,000 Mk., 3 Mal 10,000 Mk.,
10,500 Mk., 7,000 Mk., 5,000 Mk., 2,000 Mk.
J. A. Schulte, Stauffstr. 21.

Vakanzen und Stellengefüge.
Kathausen b. Zwischenahn. Geht auf
Ostern oder Mai 1 Gefell und 2 Lehrlinge.
J. G. Brane, Drecheler u. Stuhlfabrik.

**Ein ordentl. Mädchen f. einen kleinen
feinen Haushalt sucht a. gl.**
Ww. Nachtwach, Lindenallee.

Buttelbors. Geht auf sofort ein
Schmiedegesell u. zu Ostern oder Mai ein
Lehrling.
Gers. Brandes.

Gut Hundemühlen. Geht zum 1. Mai
1 Knecht, der gut pflügen, und 1 Mädchen,
welches gut melken kann. Zu melden im
Kontor von
**Osternburg. Meyer & Co.,
Eisenwarenfabrik, Ebn.**

Viele Mädchen, Groß, Mittel- u. Klein-
knechte, sowie mehrere Lehrlinge sucht
Ww. Nachtwach.

Gesucht auf sofort ein Gefelle und zu
Ostern ein Lehrling.
Pflügen, Radfahrstr. 2.

Gesucht ein **Schulfnabe** zum Brotan-
tragen. **J. C. de Garde, Blumenstr. 26.**

Oldenburg. Für ein 13jähr. Mädchen
wird ein Unterkommen in einer bürgerlichen
Familie gesucht, am liebsten auf dem Lande.
Etwas Kostgeld kann gegeben werden.
Nähere Auskunft erteilt
**G. Remmen, Rechnungsführ.,
Bergstraße 5.**

Damen,
welche gegen hohen Rabatt den Verkauf von
in Paketen abgenommener Thee der Firma
C. Brandma in Amsterdam zu übernehmen
geneigt sind, werden gebeten, sich an die
Filiale für Deutschland, **C. Brandma,
Köln a. Rh.,** wenden zu wollen.

Pensionat f. junge Mädchen in Celle.
Agnes Schaeffer — Marie
Claudi. Gewissenh. Pflege v. Geist u. Körper.
Ländl. geleg. Wohnung, sehr gesunde Lebensweise.
Auf ein Lebensanbahnung beruhende, relig., sittl.,
nationale Erziehg. Beste Ref. Prosp. grat.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeigen.

Union parterre.
Geöff. v. 10 Uhr morg. b. 10 Uhr abds
Kaiser-Panorama.
Filiale v. Berlin, Passage.
Som. 4. bis 10. März: Hochinteressant!
Die mal. **französl. Schweiz.**
Entree 30 s., Kinder 20 s., Abon. 5 Reisen 1 A.
Verein 100 Billets 18 A.
Jede Woche neue Reisen.

Obst- u. Gartenbau-Verein
in Oldenburg.
**Mittwoch, den 7. März:
Versammlung**

in Andreac's Restauration, auß. Damm 5.
Neben zweckmäßige Anzucht von Spalier-
bäumen und deren Schnitt. Von Seminar-
lehrer Wegener.

Beginn des Vortrags in Rücksicht auf die
auswärtigen Mitglieder um 5 Uhr nachm.

Verein Oldenb.
Geflügel-Freunde.

Versammlung am Mitt-
woch, den 7. d. Mts, abends 8 1/2 Uhr, beim
Herrn Wirt **Hollmann, Markt 12b.**
Zweck: Bräuterei — Delegiertentag —
Sonstiges. D. B.

Pferdemarktplatz. Ausstellung

vom Nordpol zum Aequator.

Größtes reisendes Geschäft a. d. ganz. Kontinent.
Nache besonders darauf aufmerksam, daß meine
Ausstellung nicht mit Menagerie, Banoptikum,
Räuscha zu verwechseln ist. — Die 6000 Quad-
Fuss große Ausstellungshalle enthält großartige,
noch nie gesehene anthropolog. Gruppen des hohen
Nordens sowie vom Süden.

1. Abt.: Eskimo-Familie in ihren Gishütten.
2. Lapp-Länder-Familie auf Schifffahrt mit
Kiemer, Elch u. f. w.
3. Wallross-Familie. Männchen 6000 Pfund,
Weibchen 4000 Pfund, nebst 2 Jungen
4. Riesen-Walfisch, 82 Fuss lang, 10,600 Pfd.
schwer. Im Magen dieses Rieses können
16 Mann Platz nehmen. Es ist einem jeden
erlaubt, sich in den Kopf dieses Walfisches zu setzen.
5. 1000 verschiedene Werkzeuge zum Fang von
Walfischen und Menschenfischen, Harpunen,
Messer, Längen, Rannonen u. f. w.
6. Fischerei-Abt.: Hunderte von Fischen aus
allen Gegenden, vom 18 Fuß langen Mench-
hai bis zur kleinsten Quale.
7. Abt.: Der Kampf um das Dasein. Kolossal-
Gruppe aus der Wüste: Löwen, Tiger,
Kameele, Pferde, Büffel, Wölfe, Schlangen,
alle um ihr Dasein kämpfend
8. Fast sämtliche Vögel von Nord bis Süd.
9. Schöne Muschel- und Eier-Sammlung
10. Ethnographische Sammlung. 400 Nummern.
11. Grossartige humorist.-satirische Gruppen,
besonders interessant für Damen und Kinder.
12. Neu! Das Meerweib. Neu! Salzkoe
nach Schönm's Zierbren, Seite 659.
Eintritt 40 Pfg., Kinder unter 10 Jahren
und Militär ohne Charge 20 Pfg. ohne jede Nach-
zahlung. — Stündliche Erklärung. Den ganzen
Tag geöffnet, von 9 Uhr morg bis 10 Uhr abds.

Capt. Gust. Köhl,
Eigentümer der Ausstellung

NB. Die Ausstellung wurde in Berlin von den
höhen und höchsten Gesellschaften besucht, sowie in
Dresden zweimal von Sr. Majestät dem König von
Sachsen nebst hohem Gefolge.

Krieger-Verein Moorriem.

Freitag, den 9. d. Mts,
abends 7 1/2 Uhr, wird Herr Pastor Wödel,
Ehrenmitglied des Vereins, in Gräber's Ver-
einstitol zu Vardenfeth einen

geschichtlichen Vortrag
halten, wozu die Kameraden und Vereinsfreunde
nebst ihren Damen freundlichst einladet
Der Vorstand.

Oldenburger Variété-Theater.

Oppermann's Hotel.
Heute,
Montag, 5. März, u. folgende Tage:
Auftreten

neu engagiert. Künstler I. Ranges.

Serpententänzerinnen Geschwister
Briatini. Wille-Zuppe,
Barriere-Altobaten. Herr. Paola,
Stuhlpyramiden-Künstler. Fräulein
Louise Lenor, Sourette. Fräul.
Schadoni, Trapezkünstlerin. Gust.
Julius, der beliebte Humorist. Fel.
Bozina, Lieber- u. Balzerkünstler.
Balanceproduktion auf der Neben-
leiter von Geschw. Karini.

Umfang 8 Uhr.
Entree: I. Platz 75 s., II. Platz 50 s.,
Im Vorverkauf: I. Pl. 60 s., II. Pl. 40 s.
Es ladet ergebenst ein
S. Oppermann.

Kasteder Schützen-Verein.

Sonntag, den 11. März, im Vereinslokal
„Kasteder Hof“:
Großer

Gesellschaftsabend.

Programm sehr reichhaltig.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Entree an der Kasse 60 Pfg., im Vorverkauf
50 Pfg. D. B.

Buttelbors. am 2. Dnertage (26. März)
Bail für Herrschaften,
wozu freundl. einladet **D. J. Meyer.**